Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Vetlhge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 8, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Montagsnummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Seite 364.

Nr. 34. **Magdeburg, Mittwoch den 10. Februar 1904.** **15. Jahrgang.**

Der Fall Schippel.

Wie unsern Lesern aus dem Bericht über die Reichstagssitzung vom 28. Januar noch in Erinnerung sein wird, hat der Zentrumsabgeordnete Erzberger in einer Rede u. a. geäußert, auch die Sozialdemokratie sei in der Zollfrage uneinig, denn Schippel trete für Agrarzölle ein. Wurm hatte darauf erklärt, eine Rede, die Schippel in einer kleinen Versammlung im dritten Berliner Wahlkreise gehalten habe, unterstütze allerdings diese Ansicht. Wenn der Bericht des „Vorwärts" über diese Rede Schippels richtig sei, werde dieser wohl Veranlassung zu näheren Erklärungen nehmen müssen. Schippel konstatierte darauf am Schluß der Sitzung in einer persönlichen Bemerkung, daß der Bericht des „Vorwärts" unrichtig sei und viele seiner Ausführungen völlig verzerrt wiedergebe.

Am nächsten Tage, am 29. Januar, kam die Sache auch in einer Fraktionssitzung zur Erörterung. Schippel erläuterte seine bereits in der Plenarsitzung des Reichstags abgegebene Erklärung, daß der Versammlungsbericht im „Vorwärts" seine Ausführungen unrichtig wiedergegeben habe. Er habe nur die Ansichten der interessierten Parteien und Strömungen geschildert und dabei von vornherein betont, daß ja unsre Stellung zu allen einzelnen Fragen bekannt sei und er diese daher nicht besonders überall hervorzuheben brauche. Er bedaure, daß ihm die Redaktion des „Vorwärts" den Bericht über seine Ausführungen nicht vorher eingeschickt habe. Genosse Heine, der in der Versammlung war und das Wort ergriff, bestätigte vollständig die Angaben Schippels. Der Bericht sei ungewöhnlich schlecht, namentlich lückenhaft — Schippel habe über zwei Stunden gesprochen — und biete daher ein durchaus verzerrtes Bild der Ausführungen. [illegible] der gesperrten Stellen seien nur die Anschauungen der zöllnerischen Parteien wiedergegeben und die entgegenstehenden Bemerkungen Schippels weggelassen. So habe Schippel ausdrücklich betont, daß die Getreidezölle usw. in Deutschland, Frankreich und andern Ländern verteuernd gewirkt hätten. Ferner habe Schippel zwar gesagt, es könnten wohl auch mit dem neuen Zolltarif Handelsverträge erreicht werden, dabei doch hinzugefügt: aber keine solchen, die unsern Forderungen entsprechen. Auch seine — Heines — Ausführungen seien unrichtig wiedergegeben. Er habe nicht gegen Schippel polemisiert, wie es nach dem Bericht den Anschein hat, sondern dessen Ausführungen, die ihm teilweise zu theoretisch erschienen, populär ergänzt. Gradnauer versicherte, daß die Redaktion im besten Glauben bei der Aufnahme des Berichts gehandelt habe, da der Berichterstatter im allgemeinen zuverlässig sei.

Darauf ergriff im „Vorwärts" der Genosse Reinke, der Berichterstatter des Zentralorgans, das Wort und erklärte, nicht nur er, sondern auch alle Diskussionsredner in der betreffenden Versammlung seien der Ansicht gewesen, Schippel habe seine eignen agrarpolitischen Anschauungen vorgetragen, welcher Auffassung Schippel nicht widersprach, obwohl er mit einem Satze hätte die ganze Sache richtig stellen können. Schippel gab nochmals eine Erklärung ab, in der er auf die einleitenden Worte seiner Rede hinwies, aus denen hervorgehe, wie er seinen Vortrag aufgefaßt wissen wollte. Nun erschien Kautsky mit einem längeren Artikel, in dem er nachzuweisen versuchte, daß die Schippelschen Erklärungen gar nichts wert seien. Kautsky betonte, daß Schippel schon in seinem Buche „Grundzüge der Handelspolitik" die gleichen Ansichten vertreten habe, wie in der betreffenden Versammlung. Auf den Vorwurf Schippels, daß Kautsky zwei Jahre mit dieser Anklage gewartet habe, zieh Kautsky Schippel der Unwahrheit. Er weist nach, daß er sofort nach Erscheinen von Schippels Buch in drei ausführlichen Artikeln der „Neuen Zeit" bereits dieselben Anklagen gegen ihn erhoben und bewiesen hat, die er jetzt erhebt: daß Schippel in versteckter Weise Propaganda für die agrarischen Schutzzölle und die Grundrente betreibe (im Jahrgang 1901/02, erster Band).

Nun veröffentlicht Schippel im „Vorwärts" eine Erklärung, in der er eidesstattlich versichert, daß er von den drei welterschütternden Artikeln der „Neuen Zeit" niemals auch nur drei Zeilen gelesen habe, und daß er auch nicht die Absicht hege und nicht den geringsten Anlaß sehe, sie in Bälde zu lesen. Genosse Kautsky sei seines Erachtens innerhalb der täglich immer reicher und tiefer sich entfaltenden deutschen und internationalen Arbeiterbewegung nur noch das, was man im persönlichen Verkehr einen Querulanten nenne; jeden andern Tag müsse er wo anders „Klarheit schaffen" — mit den für die Partei bekannten Folgen. Mit Querulanten streite man jedoch nicht ohne Not.

Darauf antwortete Kautsky im „Vorwärts":

„Schippel muß bei den Parteigenossen ein unglaubliches Maß von Einfalt voraussetzen, wenn er meint, sie würden es nicht merken, daß seine Ausflüchte nichts sind als das Eingeständnis der Unmöglichkeit, eine ausreichende und befriedigende Antwort auf meine Anklagen zu geben. Ihre Richtigkeit hat jetzt Schippel selbst durch sein angstvolles Schweigen anerkannt.

Eine Fortsetzung der Diskussion zwischen ihm und mir ist zwecklos geworden. Das Wort haben jetzt die Parteigenossen, vor allem die Fraktionskollegen. Ich will hier nur noch bemerken, daß ich selbstverständlich bereit bin, vor jeder Parteiinstanz meine Anklagen näher zu begründen, wie ich dies zum Teil schon in den von mir zitierten Artikeln getan."

Die sozialdemokratische Fraktion hat nun beschlossen, den Fraktionsvorstand zu beauftragen, die Angelegenheit Schippel zu untersuchen und darüber der Fraktion Bericht zu erstatten.

Dies ist rein referierend der Sachverhalt, wie er sich bisher ergeben. Es ist selbstredend unumgänglich, daß das Resultat der Untersuchung des Fraktionsvorstandes den Parteigenossen mitgeteilt wird. Ist dies geschehen, wird sich ja zeigen, ob dieser neueste Fall damit für erledigt erklärt werden kann. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 9. Februar 1904.

Die ganze Welt steht seit Montag unter dem Eindruck der Nachrichten aus Ostasien. Und es ist wahrlich nicht nur die romantische Neugierde des Spießbürgers, der sich freut, wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen; es ist auch nicht allein der Eindruck der zum Teil ganz unsinnigen und unmotivierten Kursstürze, die sich gleich beim Eintreffen der ersten bedrohlichen Nachrichten auf allen Börsen, zumal der Berliner, ereignet haben, — sie sind es wahrlich nicht allein, die die ganze Welt mit einem Wellenkreise der Erregung überfluten.

Es ist auch nicht die schmerzliche Enttäuschung der bürgerlichen Friedensfreunde, die in dem schwächlichen, willenlosen Selbstherrscher aller Reußen den Messias ihrer Ideen erblickt haben und die es jetzt erleben müssen, daß der sanfte Zar nicht bloß — wie gewohnt — die Gewehrläufe gegen seine eignen Untertanen, sondern auch gegen fremde Völker seine Kanonen richten läßt.

In den Massen, die heute die Aussichten des russisch-japanischen Krieges aufgeregt diskutieren, gärt vielmehr ein dunkles Empfinden, das die erste Vorstufe einer aufsteigenden Erkenntnis ist. Die Phantasie, die nicht müde wird, alle Möglichkeiten der kommenden Ereignisse auszuschöpfen, wandelt wenn nicht im einzelnen, so doch im Prinzip auf richtigen Bahnen.

Der moderne Krieg ist keine Privatangelegenheit regierender Familien mehr, er ist aber auch nicht bloß ein plötzlich epidemisch werdender Ausbruch der Massenbestialität, keine zerstörende Katastrophe bloß, die ohne dauernde Nachwirkung bleibt, sobald sich ihre Kräfte verlaufen haben und die Zeit zum Wiederaufbau beginnt. Man kann den Krieg hassen und verabscheuen — aber über dieser sittlichen Wertung darf man auch nicht vergessen, ihn entwicklungsgeschichtlich richtig einzuschätzen.

In unsrer Zeit leidenschaftlicher innerer Kämpfe und drängender Neugestaltungen können gewaltsame Auseinandersetzungen der Völker nicht ohne Einfluß auf den Gang der großen menschheitsgeschichtlichen Entwicklung bleiben. Sie sind nicht imstande, ihre Linien zu verwischen oder zu verrücken, die durch viel tiefer liegende Gesetze vorgezeichnet sind, wohl aber können sie, ohne daß ihren Urhebern dieser Zweck bewußt wird, hemmend oder fördernd wirken.

Friedrich Nietzsche, in so vielen Dingen ein temperamentvoller Widersacher unsrer Weltanschauung, hat einmal den klugen Gedanken geäußert, daß die militärischen Siege einer Nation oft die Ursache ihres kulturellen Niederganges geworden sind, daß aber umgekehrt das militärische Unterliegen den Boden zur Entfaltung neuer Kulturblüten geliefert hat. Für keinen Fall war diese Beobachtung zutreffender als für jenen, der sich jetzt vor unsern Augen zu entwickeln beginnt.

Wir haben keinen Grund, zu wünschen, daß die junge sozialistische Bewegung Japans in ostasiatischen Sedanräuschen erstickt würde — wenn wir auch aus eigner Erfahrung wissen, daß ein neuer siegreicher Kulturgedanke schließlich doch stärker ist, als eine herrschende Klasse, die sieggekrönt von blutigen Feldern heimkehrt.

Noch weniger aber dürfen wir wünschen, daß die zarische Gewalt in Ostasien triumphierte. Nicht die herrschende Gesellschaft Japans ist der gefährlichste Feind aller modernen Kulturentwicklung, sondern der Zarismus ist es, das brutale Tschinowniktum, die bestialische Kosakenwirtschaft. Vor Rußland liegen die herrschenden Klassen Deutschlands anbetend im Staube, die russische Polizei haust in Preußen wie im eignen Lande. Daß sie auf Rußland all ihre Hoffnung setzen, bekennen ungescheut alle unsre Reaktionäre und Scharfmacher. Und wie in Deutschland so schwärmen auch in Frankreich alle reaktionär gesinnten Schichten für die glorreiche Allianz, die das Zarenlied auf den Straßen von Paris populär machte, einem unsinnigen Phantom, das der „Revanche" nachjagend, die ruhmreichsten Taten des französischen Volkes verleugnete und das Andenken einer Zeit, die allen Unterdrückten gleich heilig ist, rücksichtslos in den Staub trat.

Alles Geschrei von der gelben Rasse, gegen die Rußland (!) die Sache der europäischen Kultur (!) vertrete, alle gewohnten spitzfindigen Erörterungen darüber, wer eigentlich angefangen habe — obwohl Rußlands heuchlerisches Verhalten in der Mandschureifrage offen zutage liegt — sind müßig und überflüssig. Ohne es auch nur im mindesten zu wollen oder zu wissen, kämpft Japan nicht nur um seine Einfuhrgebiete in Ostasien, sondern auch für die Sache der europäischen Kultur. Der Krieg mag vom japanisch-patriotischen Standpunkt aus verbrecherisch und schändlich sein, für die Welt wird er zu einem Hebel der fortschreitenden Entwicklung werden, wenn es sich zeigen sollte, daß der russische Koloß auf tönernen Füßen steht.

Alle Hoffnungen des arbeitenden Volkes werden in diesem Kriege zwar nicht Japan gehören, aber sich doch gegen das offizielle Rußland richten. Jeder Schlag, der es trifft, trifft das Haupt der internationalen Reaktion. —

Reichstagskizze.

Aus dem Reichstag wird uns über die Montag-Sitzung geschrieben:

Der Reichstag eröffnete seine heutige Sitzung mit einer Trauerkunde. Genosse Rosenow, das jüngste Mitglied unsrer Fraktion, ist Sonntag früh der schweren Krankheit, an der er seit längerer Zeit litt, erlegen. Erst vor wenigen Wochen, als sein Lustspiel „Kater Lampe" erfolgreich über die deutschen Bühnen ging, hatte die Sonne des Glücks ihm gelächelt; um so tiefer rührt jetzt sein tragisches Ende.

Nach der üblichen Ehrung des verstorbenen Mitglieds setzte das Haus die Etatberatung fort. An der Reihe waren die sozialpolitischen Resolutionen, von denen mehr als zwei Dutzend vorliegen. Angesichts der Unmöglichkeit, den Etat nach ihrer Besprechung noch rechtzeitig, d. h. bis zum 1. April fertigzustellen, waren sich alle Parteien schon vormittags im Seniorenkonvent dahin schlüssig geworden, die Resolutionen nach Fertigstellung des Etats, nach Ostern gesondert eingehender Beratung zu unterziehen. Genosse Bebel, der namens unsrer Fraktion dieser Reglung zustimmte, hob die Schuld für den unerträglichen Zeitmangel auf die Regierung, die den Reichstag so spät einberufen habe, und auf das Zentrum, das durch Umwandlung seiner selbständigen Initiativanträge in Resolutionen zum Etat dessen Beratung bedeutend verzögert habe. Vergeblich suchte Herr Gröber seine Partei gegen diesen Vorwurf zu schützen, indem er auf die guten Folgen dieser Umwandlung — eingehende Beratung der Resolutionen nach Ostern — hinwies. Diesen allerdings erwünschten Beschluß hat das Zentrum weder vorausgesehen noch erwünscht; selbst Herr v. Kardorff stimmte Bebel bei und warf dem Zentrum „unlauteren Wettbewerb" vor.

Ein ähnliches Schicksal wie diese Resolutionen hatte die erste der zur Beratung stehenden Etatpositionen, die Forderung für die deutsche Kunstausstellung in St. Louis. Sie wurde bis zu den außerordentlichen Ausgaben zurückgestellt und soll zusammen mit den übrigen Forderungen für die dortige Weltausstellung beraten werden.

So kam als erster Titel nach dem schon bewilligten Gehalt des Staatssekretärs das Reichsgesundheitsamt zur Beratung. Genosse Scheidemann ergriff hier als erster das Wort, um auf die Verseuchung der deutschen Flüsse durch die Industrieabwässer hinzuweisen und Abhilfe durch ein rücksichtslos eingreifendes Reichsgesetz zu verlangen. Graf Posadowsky erkannte die Berechtigung seiner Beschwerden an und versprach, wenn auch nicht ohne einschränkende Klauseln den Wünschen unsres Redners nachzukommen. Eine Bemerkung des Konservativen Rettich rief dann den Genossen Scheidemann noch einmal auf die Tribüne und forderte ihn zu einer gründlichen Kritik des Fleischbeschaugesetzes heraus. Den Agrariern, deren wahre, selbstsüchtige Motive er aufdeckte, dürfte die Lust vergangen sein, sobald wieder diesen Gegenstand anzurühren.

Von freisinniger Seite wurden dann noch einige mehr nebensächliche Fragen aufgerollt, wie eine Reichsapotheker-Ordnung, ein Reichsgesetz über die Krankenpflege usw. Der Hamlet unsrer Sozialpolitik, Graf Posadowsky, überlegt und erwägt all das. Wann er zum Handeln kommen wird, ist nicht abzusehen.

In den unvermeidlichen Ausfällen auf unsre Partei ergingen sich die, welche gar nichts Sachliches vorzubringen wußten. Der

nationalliberale Dr. Becker, leider Nachfolger unsres Genossen Ulrich im Offenbacher Mandat, und der christlich-soziale Freund Stöckers, Dr. Burckhardt. Auch Herr Erzberger vom Zentrum zeigte in einer persönlichen Bemerkung, daß er die Abstrafung durch den Genossen David am Sonnabend noch nicht verschmerzt hatte.

Am Dienstag wird die Beratung fortgesetzt. —

Beschlußunfähigkeit der — Diätare.

Aus dem Dreiklassenhause wird uns über die Montag-Sitzung geschrieben:

Das Abgeordnetenhaus hielt gestern zwei Sitzungen ab. In der ersten wurden die Vorlagen über die Reglung der Richtergehälter und der Dienstaufsicht bei größeren Amtsgerichten verhandelt. Nach § 1 des letztgenannten Gesetzes sollen in Zukunft die Amtsrichter, denen bei den mit mehr als 15 Richtern besetzten Amtsgerichten das Recht der Aufsicht zusteht, den Titel „Amtsgerichtsdirektor" führen und dasselbe Gehalt wie die Landgerichtsdirektoren beziehen. Das erste Gesetz stellt die finanzielle Konsequenz des zweiten dar, die entsprechenden Gehälter für die neuen Amtsgerichtsdirektoren sind im Justizetat für 1904 eingestellt.

Die Vorlagen haben wenig Aussicht auf Annahme. Das Zentrum und die Parteien der Linken haben lebhafte Bedenken gegen die Einführung einer Aufsicht über die Amtsrichter. Dem Justizminister Schönstedt, der die Vorlagen dem geneigten Wohlwollen seiner Zuhörer empfahl, trat der Zentrumsabgeordnete Rören sehr geschickt entgegen. Er konnte nachweisen, daß vor 3 Jahren im Herrenhause, als dort aus der Mitte des Hauses eine Anregung in der Richtung der heutigen Vorlage gegeben wurde, der Minister erklärt hatte, daß für eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse kein Bedürfnis vorliege. Auch der Redner der Nationalliberalen, Abg. Schiffer, äußerte Bedenken. Er wie Herr Rören, sieht die Unabhängigkeit der Richter durch die Vorlage beeinträchtigt. Auch der Redner der Freisinnigen Volkspartei, Abg. Cassel, schloß sich Herrn Rören an. Er hält die ganze Vorlage für überflüssig und hat besondre Bedenken dagegen, daß noch mehr richterliche Beamte geschaffen werden, die an der Rechtsprechung nicht teilnehmen, sondern reine Verwaltungsbeamte seien.

Ueber die geschäftliche Behandlung der Vorlage war man sich nicht einig. Die beiden konservativen Parteien, die der Vorlage sympathisch gegenüberstehen, wollten sie an die verstärkte Justizkommission verweisen, Herr Rören und die Linke waren für die Ueberweisung an eine besondre Kommission. Bei der Abstimmung blieb es zweifelhaft, auf welcher Seite die Mehrheit war. Der Präsident mußte sich zur Vornahme des Hammelsprungs entschließen. Große Heiterkeit erregte es, daß in dem Moment, als der Präsident das Wort „Hammelsprung" aussprach, der Landwirtschaftsminister v. Podbielski im Saale erschien, der zur Vertretung seines Etats gekommen war, der noch auf der Tagesordnung stand. Der Minister mußte noch eine Weile warten, denn der Hammelsprung ergab die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Die Sitzung mußte aufgehoben und eine neue anberaumt werden. In dieser zweiten Sitzung wurde ohne wesentliche Debatte der Rest des Ordinariums des landwirtschaftlichen Etats erledigt. Das Haus hatte sich inzwischen gefüllt, und die vorher resultatlos verlaufene Abstimmung konnte vor beschlußfähigem Hause wiederholt werden. Der Antrag, die Vorlage über die Amtsgerichtsdirektoren der verstärkten Justizkommission zu überweisen, wurde abgelehnt, die Vorlage ging an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Es ist ja keine Frage von welterschütternder Bedeutung, ob die Vorlage an eine besondere Kommission oder an die verstärkte Justizkommission verwiesen wird, aber es ist doch immer erfreulich, berichten zu können, daß die beiden konservativen Parteien des Abgeordnetenhauses wieder einmal in der Minderheit geblieben sind.

[illegible] Der nächste Gegenstand [illegible] die Beratung wird fortgesetzt. —

Ballsitten der Lex Heinze-Männer.

Nach dem „Vorwärts" haben wir vor einigen Tagen darüber berichtet, wie einwandfrei es auf dem Kölner Lichtmeß-Ball hergeht. Nun kommt die Nachricht, daß dieser Ball in Zukunft nicht mehr abgehalten werden soll. Im Feuilleton der „Frankf. Ztg." wird darüber das Folgende gesagt:

Auf den 2. Februar fällt das Fest Mariä Reinigung. Es ist ein bis in die graue Vorzeit reichender Gebrauch, daß an diesem Tage auf dem Gürzenich ein besonders fideler Ball stattfindet. Auf keinem andern ging es so ungeniert lustig her wie hier, wo man bei den Besucherinnen — fast ausschließlich zweideutiger Art — das größte Entgegenkommen fand! Zu diesem Fest stellte die Stadt eingedenk ihrer sozialen Pflichten die Gürzenichräumlichkeiten gratis zur Verfügung. Im vorigen Jahre hatte man die Sisyphosarbeit versucht, diesen lustigen Ball etwas weniger fidel zu gestalten, indem man die Teilnehmer zwang, sich vorher in Listen einzuzeichnen. Aber siehe: es schrieben sich etwa 60 Männlein und Weiblein ein und da man damit doch unmöglich ein Geschäft machen konnte, so wurde der Besuch doch wieder freigegeben.

In diesem Jahre lösten sich aber auf dem Ball dergestalt alle Bande frommer Scheu — buchstäblich zu verstehen! — daß die Sache doch bedenklich anfing „weniger schön" zu sein. Und warum duldete man bisher in dem heiligen Köln solche Orgien? Erstens sind sämtliche Gebräuche des angestammten vaterländischen Festes „tabu", zweitens brachte gerade dieser Ball so viel Geld ein, daß die veranstaltenden großen Karneval-Gesellschaften — die „Große" und die „Große Kölner" — mit Recht singen konnten: „Sehn Sie, das ist ein Geschäft!" Die Karten kommen teuer in den Handel und dann wird hier fast nur Sekt getrunken, was den Restaurateur des Gürzenichs veranlaßt, nicht nur die Beleuchtungskosten zu tragen, sondern auch noch einen Teil des Verdienstes an die Gesellschaften abzuführen. Nach den Vorkommnissen auf dem diesjährigen Feste war es aber platterdings nicht mehr möglich, es zu halten.

O, warum mit einem Male so sittsam?! Es war doch von grauer Vorzeit her Gebrauch, am Feste Mariä Reinigung sich zu beschmutzen!

Die betroffenen frommen und sittlichen Herren der Bourgeoisie werden ihre Hoffnung auf die Zeit setzen. Bis zum nächsten 2. Februar wird alles wieder vergessen sein. Und wenn der eine oder der andere der Kopfhänger noch mit Bedenken kommen sollte, der Karneval will leben, der Karneval braucht Geld und im Gürzenich wird fast nur Sekt getrunken! —

Deutschland.

* **Berlin**, 9. Februar. Der nationalliberale **Reichstagsabgeordnete** Dr. Max Jänecke hat nach der „National-Zeitung" sein Mandat für Lüneburg, das die Wahlprüfungskommission für ungültig zu erklären empfohlen hatte, **niedergelegt.** Jänecke war im Juni in der Stichwahl gegen einen Deutsch-Hannoveraner mit nur 9671 gegen 9642 Stimmen gewählt worden, nachdem in der Hauptwahl 7194 deutsch-hannoversche, 6782 nationalliberale, 5564 sozialdemokratische und 8005 konservativ-bündlerische Stimmen abgegeben waren. —

— Erst im April, so wird der „Magdeb. Ztg." telegraphiert, erwartet man die Einbringung der **Kanalvorlage** im Abgeordnetenhause. Wenn sich da die Regierung nur nicht in den April schicken läßt, so bemerkt dazu die „Magdeb. Ztg." Es ist dies der erste Witz, der dem Blatte seit seinem Bestehen gelungen ist. —

* **Breslau**, 8. Februar. Die Breslauer **russischen Studenten** werden neuerdings scharf überwacht. Mehrere wurden von russischen Geheimagenten auf der Straße angehalten (!) und vor einem weiteren Besuch der sozialistischen Versammlungen oder dem Weiterhalten revolutionärer Zeitungen gewarnt. —

* **Koburg**, 8. Februar. Dem Landtag ging eine Vorlage zu, betr. Abänderung des **Landtagswahlgesetzes** von 1852, mit Einführung der geheimen Stimmzettelabgabe mit Wahlkuverts und Isolierraum bei den Urwahlen. —

Deutsch-Südwestafrika.

Die bisherige Gesamtverlustliste beträgt: gefallen 90, ermordet 47 — unter letzteren drei Frauen und drei Kinder — während noch 51 vermißt werden.

Der Kommandant des „Habicht" meldet unterm 8. Februar aus Swakopmund: Der Feind hat die Umgegend von Omaruru verlassen, die Operation gegen die Gobabis ist wieder aufgenommen. —

Oesterreich.

ac. Ein Fleischimporteur hatte einen Waggon argentinisches Ochsenfleisch nach Wien eingeführt. Der Ministerpräsident Körber verfügte, daß argentinisches Fleisch in Oesterreich nicht eingeführt werden dürfe, weil keine Gewähr dafür vorhanden sei, daß das Fleisch einer einwandfreien Untersuchung unterworfen gewesen sei. Der besagte Waggon Fleisch war bis Wien gelangt, weil London als Ausgangsort bezeichnet war. Das Fleisch wurde aber vom Zollamt nicht ausgeliefert, sondern auf Verfügung des Ministerpräsidenten nach London zurückbefördert. In Wien herrscht große Fleischnot und demzufolge — Teurung. Das argentinische Fleisch hätte in Wien die Fleischpreise etwas herabgedrückt. Das mußte im Interesse der österreichischen Viehzüchter und der ungarischen Viehhändler verhindert werden und darum wurde die Einführung dieses Waggons und aller nachfolgenden Sendungen verboten. Die Fleischwucherer haben denn auch ihren Dank an Körber in Form von belobigenden Zeitungsartikeln dargebracht. — An diesem Beispiel zeigt sich wieder einmal das Widersinnige unsrer Gesellschaftsordnung: Große Mengen Fleisch, das zur Ernährung der Bevölkerung hätte dienen können, wird im Interesse einer kleinen habsüchtigen Minderheit zurückgewiesen und wird nun selbstverständlich als ein vollkommen verdorbener Aashaufen nach London zurückkommen. —

Belgien.

ac. Antimilitärische Demonstrationen haben dieser Tage in Brüssel stattgefunden. Die „Junge sozialistische Gemeinde" hatte unter freiem Himmel eine Versammlung anberaumt, in der ihr Führer Könen und der Abgeordnete Vandervelde vom Balkon eines Hauses herab Ansprachen hielten. Nach Schluß derselben veranstalteten die Zuhörer einen Umzug durch die größeren Straßen von Brüssel. —

Der russisch-japanische Krieg.

Hd. Petersburg, 9. Februar. (Privattelegramm der „Volksstimme".) Statthalter Alexejew berichtet an den Zaren: Am 8. d. M. unternahmen japanische Torpedoboote einen Angriff auf die vor Port Arthur liegenden Kriegsschiffe, wobei zwei russische Panzer und ein Schlepper beschädigt wurden.

Die formelle Kriegserklärung ist noch nicht erfolgt. Wenn das vorstehende Telegramm aber nicht ein leeres Gerücht wiedergibt, haben die japanischen Kanonen schon gesprochen. Die Kriegserklärung auf dem Papier wird schon folgen.

Weitere Nachrichten vom künftigen Kriegsschauplatz liegen zur Stunde nicht vor. Sie sind auch unmöglich. Erstens hat Japan über den Telegraphen die Sperre verhängt, wie das sein eignes Interesse gebietet, und zweitens vergehen mindestens zehn Tage, bis Japan, das unzweifelhaft die Offensive ergreift, die erste Division seiner Truppen über das Japanische Meer nach Korea transportieren kann. Bis daher an den Beginn eines Feldzugs auf dem Lande zu denken ist, gehört das Feld der japanischen Flotte, die der russischen vor der Hand unzweifelhaft überlegen ist, und die offensichtlich nicht wartet, sondern sofort in Aktion tritt.

Für heute interessiert daher mehr die Aufnahme, die die Kriegsnachricht in den verschiedenen Ländern findet und die Haltung, die die Regierungen einnehmen.

Deutschlands Neutralität.

In Berlin war man in der Reichskanzlei über das Kommende, wie immer, am wenigsten unterrichtet. Am Sonntag morgen konnte das offiziöse Sprachrohr Bülows, die „Nordd. Allg. Ztg." noch davon sprechen, daß nicht das geringste Zeichen einer Beunruhigung vorliege; wenige Stunden später war die Kriegsnachricht da.

Nachdem man sich in der Wilhelmstraße inzwischen von der Blamage und dem Schrecken erholt hat, hat man der „Köln. Ztg." folgende Beruhigungsdepesche geschickt:

Deutschland, das sich nicht für berufen hält, in Ostasien die erste politische Rolle zu spielen, dürfte keinen Anlaß haben, mit dahingehenden Vorschlägen (Vorschläge, die Neutralität Chinas zu sichern) hervorzutreten, wohl aber würden solche, wenn sie von andrer Seite ausgingen, bei Deutschland wohlwollende Aufnahme finden. Was des weitern die deutsche Politik anbetrifft, so glaubt sie den Interessen des allgemeinen Friedens und der Kultur am besten zu dienen, wenn sie keinen Zweifel darüber läßt, daß Deutschland bei den gegenwärtigen Wirren keinerlei Sondervorteile anstrebt und vor allem auf keinen Landerwerb ausgeht. Die von verschiedenen Seiten gemachten Versuche, Deutschland eine andre Politik unterzuschieben, sind ganz unhaltbar und entbehren jeder Begründung.

Das ist genau so viel- und so nichtssagend, wie die russischen Noten, die Japan erhalten hat. Will man besonders höflich sein, so kann man die Anhäufung leerer Worte dahin deuten: wir wissen von nichts, wollen aber vor allem uns die Freundschaft Rußlands erhalten.

Auf denselben Ton ist, wie wir gestern schon voraussagten, die bürgerliche Presse gestimmt. Zwar wagt sie noch nicht, offen für Rußland Partei zu ergreifen — das wird später kommen —, wohl aber gefällt sie sich in hämischen Angriffen auf Japan. So schreibt z. B. das „Kleine Journal":

Das bißchen Verfassung, dessen sich Japan erfreut, kann am Ende seine Sache den Völkern Europas nicht sympathischer machen. . . . Japan in seiner Halbkultur und in seinem dünkelhaften Größenwahn gefällt sich einfach in der Rolle, ein wenig Weltmacht spielen zu wollen, und die Rolle der Vorsehung in der Weltpolitik zu übernehmen. Im Grunde genommen haben die Japaner in Korea und in der Mandschurei noch viel weniger zu suchen als die Russen. Andre Völker haben die russische Regierung Jahre hindurch gewähren lassen, um die Gefahr einer Weltkatastrophe zu vermeiden. Japan fühlt sich berufen, den entscheidenden Schlag zu führen. Es wird sich in der Tat gefallen lassen müssen, daß ihm alle Verantwortung für die unabsehbaren Folgen dieses Schrittes zugeschoben wird. Wenn aber, wie gesagt, in dem drohenden Streite die deutsche Bevölkerung der Sache Japans ihre Sympathie zuwenden sollte, so wäre diese wahrlich nicht verdient.

Auch der „Frankf. Ztg.", die sich in Erinnerung an eine alte längst verleugnete Zeit noch „demokratisch" zu nennen beliebt, gefällt es, mit der gelben Gefahr ihre Börsenkapitalisten gruselig zu machen. Mit erhobenen Händen wehklagt sie über das Entstehen einer asiatischen Liga, während sie über die despotische Liga aller Reaktionäre unter russischer Führung nichts bemerkt.

Jetzt sind die Augen aller Asiaten auf den Ausgang des Ringens zwischen Japan und Rußland gerichtet. Sollte Japan siegen, so wird aus dem bisherigen Fühlungnehmen (der asiatischen Völker) wohl eine Art engere Verbindung werden. Aus diesem Grunde ist man hier (in Tokio) in vielen europäischen Kreisen so erbittert auf England, das um gewisser Eifersüchteleien und merkantiler Vorteile halber Stellung für Japan nimmt, das man als ärgsten Feind der weißen Rasse zu betrachten beginnt.

Nicht mehr lange und auch die „Frankf. Ztg." wird die Knute segnen und die heilige Allianz unter Väterchens Leitung als den sichersten Hort für ihren „demokratischen" Fortschritt preisen.

Anders wie in dem Deutschland der feigsten, gesinnungslosesten Bourgeoisie steht es um die

öffentliche Meinung Englands.

Die Blätter stellen sich einmütig auf die Seite Japans und weisen darauf hin, daß der Fall eintreten könne, daß England genötigt sei, sich seiner Bündnispflichten gegenüber Japan bewußt zu werden und sie in Taten umzusetzen. Im Unterhause wurden am Montag verschiedene Anfragen gestellt: Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen erklärte:

Die britische Regierung hat wiederholt bei der russischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Mandschurei erhoben. Die russische Regierung hat daraufhin dem Minister des Auswärtigen Marquis of Lansdowne am 8. Januar eine Erklärung des Grafen Lamsdorff [illegible] abgegeben, daß, welche Aenderungen auch in Zukunft in den Beziehungen zwischen Rußland und der Mandschurei eintreten könnten, die Mächte doch im Genuß aller Rechte bleiben würden, die sie vertragsmäßig besitzen.

Earl Percy erwähnte ferner, daß die Regierung beabsichtige, Konsuln in Mukden und Antung zu ernennen, welche Städte dem amerikanisch-chinesischen Vertrage zufolge geöffnet werden sollen.

In

Frankreich

stehen die Reaktionäre nationalistisch-chauvinistischer Gattung selbstredend auf seiten Rußlands. In den Wandelgängen der Kammer bildete der Krieg am Montag das ausschließliche Thema. Der Minister des Aeußern Delcassé hatte eine lange Unterredung mit dem Deputierten Denys Cochin, der beabsichtigte, die ostasiatische Frage in der Kammer zur Sprache zu bringen. Wahrscheinlich wird Delcassé am Dienstag die Anfrage Cochins beantworten und dabei auf die Erklärungen zurückgreifen, die er der Kammer am 25. März 1903 bei Gelegenheit der Erörterung des französisch-russischen Uebereinkommens betreffend Ostasien gegeben hat.

Delcassé erklärte damals, um Frankreich zum tätigen Eingreifen zu veranlassen, müßte der Fall eintreten, daß China angegriffen und seine Integrität verletzt würde und daß die Interessen Frankreichs in Gefahr gebracht würden. Delcassé fügte noch hinzu, zur Wahrung der Interessen Frankreichs und Rußlands in China sei es nicht unnützlich, daß darüber keine Zweifel bestehen können, daß sie einen Gegenstand gemeinsamer Sorge beider Staaten bildeten. Uebrigens hätten alle Mächte das gleiche Interesse, daß China unversehrt, unabhängig und offen für den internationalen Handel bleibe. Cochin drückte in seiner damaligen Erwiderung sein Bedauern aus, daß Delcassé der Kammer keine Auskunft über die Ausdehnung der Verpflichtungen Frankreichs im Kriegsfalle gegeben habe.

In dem Dienstag stattfindenden Ministerrate wird Delcassé feststellen, in welchem Sinne er dem Deputierten Cochin auf dessen Frage jetzt antworten will. Im übrigen hielten am Montag alle Fraktionen vor und während der Plenarverhandlung Sitzungen ab. Der „Voss. Ztg." wird darüber telegraphiert:

Alle Fraktionen beschlossen, der Regierung weder durch Anfragen, die ihr nicht genehm wären, noch durch unzeitgemäße Reden Verlegenheiten zu bereiten. Die Sozialisten und die radikale Vereinigung haben indes kein Hehl daraus gemacht, daß sie gegen jeden Eingriff Frankreichs in den Gang eines etwaigen Krieges sind. Viele Abendblätter bemühen sich, möglichst kräftig hervorzuheben, daß Japan allein für den Krieg verantwortlich ist. Die Nationalistenpresse, der die französisch-englische Annäherung immer ein Dorn im Auge war, beginnt eine regelrechte Hetze gegen England, das hinter Japan stecke, Japan zum Krieg hetze und, wenn beide Kriegsgegner erschöpft sein würden, die Kriegsfrüchte selbst einzusacken gedenke. An der Börse herrschte wilde Panik.

Kein Wunder. Die französischen Kapitalisten und kleinen Sparer zittern um die Milliarden, die sie dem russischen Verbündeten überantwortet haben. Aus

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 34. Magdeburg, Mittwoch den 10. Februar 1904. 15. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(27. Sitzung.)

Berlin, 8. Februar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Zu Ehren des Abg. Rosenow (Soz.), der gestern nach schwerem Leiden verschieden ist, erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Die

zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt.

Präsident Graf Ballestrem: Nach früheren Beschlüssen des Reichstags würden wir jetzt in die Debatte über die Resolutionen sozialpolitischen Inhalts eintreten müssen, die zu Titel I gestellt sind. Auch ich glaube, daß die Fortbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung die Hauptaufgabe der gesetzgebenden Faktoren des 20. Jahrhunderts und besonders des ersten im 20. Jahrhundert gewählten Reichstags sein wird. Aber der Reichstag hat die Verpflichtung, den Reichshaushaltetat bis zum Beginn des neuen Etatsjahrs fertig zu stellen. (Sehr richtig!) Dies würde nicht möglich sein, wenn wir jetzt in die Beratung der zahlreichen Resolutionen eintreten würden. Schon so reichen 39 Beratungstage kaum noch aus. Ich habe deshalb die Absicht, diese Resolutionen nach Ostern im Hause zur Debatte zu stellen, mit nur kurzen Unterbrechungen durch andre legislatorische Aufgaben. Deshalb stelle ich den Antrag, für heute die Resolutionen von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Spahn (Ztr.): Wir hielten es für möglich, den Etat rechtzeitig fertigzustellen, wenn die entsprechende Stimmung zur Verkürzung der Debatten in diesem Hause gewesen wäre. Da aber die Besprechung ergeben hat, daß sämtliche Parteien für den Ausschub sind, schließen wir uns dem Vorschlag des Präsidenten an.

Abg. Bebel (Soz.): Auch wir werden keinen Widerspruch erheben. Ich will nur darauf hinweisen, daß das Zentrum und ihm folgend die andern Parteien durch Umwandlung ihrer Initiativanträge in Resolutionen uns gegen unsern Willen geradezu gezwungen haben, auch unsrerseits Resolutionen zum Etat zu stellen. Nur durch diese neue Sitte hat das Zentrum die jetzige Zwangslage verschuldet. Aber auch die verbündeten Regierungen hätten die Pflicht gehabt, durch frühere Einberufung des Reichstags für rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu sorgen.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Da auch beim besten Willen die Resolutionen so rasch nicht erledigt werden können, stimmen wir dem Vorschlag des Präsidenten zu.

Abg. v. Normann (kons.): Auf Grund der gesamten Geschäftslage halten wir den Vorschlag des Präsidenten für richtig.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.): Wir haben schon immer befürchtet, daß es so kommen würde, wie es jetzt gekommen ist. Auch uns scheint die späte Einberufung des Reichstags mit schuld an der Verzögerung der Etatberatung.

Abg. Gröber (Ztr.): Wenn Herr Bebel sich vergegenwärtigt, daß durch die von ihm getadelte Umwandlung in Resolutionen die Beratung dieser Materie in dieser Session ermöglicht worden ist, hätte er allen Grund, uns dankbar zu sein. Die späte Einberufung, die Diätenlosigkeit und die Dauerreden verzögern in gleicher Weise unsre Beratungen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Umwandlung der Initiativanträge in Resolutionen war eine Art unlauteren Wettbewerbs. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Sie (zum Zentrum) haben nicht voraussehen können, daß Ihr böses Beispiel von andern nachgeahmt würde. (Lebh. Widerspruch i. Ztr.) Schwerlich werden Sie ein andres Mal diesen Weg wieder betreten. (Abg. Gröber (Ztr.): Das werden wir sehen!) Wenn das Zentrum im Seniorenkonvent für eine genügende Anzahl von Schwerinstagen eingetreten wäre, hätten alle Initiativanträge gründlich beraten werden können.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe gegen meinen Vorschlag keinen Widerspruch gehört, die Resolutionen sind abgesetzt.

Das Haus wendet sich der Etatberatung zu. Beim Kapitel „Gesundheitsamt" weist

Abg. Scheidemann (Soz.) auf die Verunreinigung der deutschen Flüsse hin. Der ständige Refrain der Petitionen des Vereins zur Reinhaltung der deutschen Flüsse laute, nur ein Reichsgesetz kann gründlich Abhilfe schaffen. Das Reichsgesundheitsamt sollte etwas mehr Initiative entwickeln. Besonders die Wupper ist in hohem Maße verunreinigt, der kleine Fluß muß 150 Tonnen Schlamm mit sich schleppen. Ein furchtbarer Gestank lagert über der Gegend, die er durchfließt. Wenn die Wupper mit ihren Schlammassen die Ufer überflutet, wird auch die Landwirtschaft schwer geschädigt. Dazu kommt die Gefährdung der Gesundheit. Die Todesfälle von Infektionskrankheiten sind in Elberfeld besonders hoch. Nicht ein einziges Fischchen ist in der früher so fischreichen Wupper noch anzutreffen; die einzigen Lebewesen, die darin hausen, sind Ratten. So schwarz ist die Wupper bei Elberfeld, daß man einen Nationalliberalen, den man dort eintaucht, als Zentrumsmann wieder herauszieht. (Große Heiterkeit.) Ebenso schlimm steht es um den Main; manchmal sieht er rot, manchmal ganz schwarz aus. Weiße Badehosen werden in ihm geradezu gefärbt. (Heiterkeit.) Ein Freibrief zur Verseuchung der Flüsse darf der Industrie nicht gegeben werden. Das Reich muß endlich die Initiative ergreifen, wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß Preußen voran geht. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich mit dem Vorredner vollkommen einverstanden. Das Reichsgesundheitsamt hat über die Verhältnisse in Mannheim, Dresden, Mainz usw. eingehende Gutachten erstattet. Vor kurzem hat in Mainz eine Konferenz getagt, die die Untersuchung der systematischen Verunreinigung des Rheins geregelt hat. Wenn die Zustände so weiter gehen, werden die Flüsse eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit. Ich bin fest entschlossen, diesen wichtigen Fragen meine fortgesetzte Aufmerksamkeit zu schenken.

Abg. Rettich (kons.) fordert Beseitigung des Fleischbeschaugesetzes, wonach Pökelfleisch in Paketen bis zu 4 Kilogramm ohne Untersuchung über die Grenze gelassen wird.

Staatssekretär Graf Posadowsky sieht keinen Anlaß, das Gesetz schon jetzt zu ändern.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vp.) kritisiert die vom Reichsgesundheitsamt aufgestellte Liste der Geheimmittel, deren Ankündigung verboten ist. Die harmlosesten Hausmittel sind dort neben wirkliche Schwindelmittel wahllos gestellt, sogar Brandts Schweizerpillen! Ich frage die Herren vom Reichsgesundheitsamt und den Herrn Staatssekretär, ob sie jemals Schweizerpillen ohne Erfolg angewendet haben? (Große Heiterkeit.) Auch diese famosen Anti-Obstruktionsmittel müßten die Herren doch besonders hoch schätzen. (Heiterkeit und Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Presse weiß jetzt wenigstens, was ein Geheimmittel ist, die Liste steht ja nicht für ewig fest. Der schlimmste Ausbeutungspunkt ist wenigstens beseitigt.

Abg. Bothein (Freis. Vgg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Müller-Meiningen an und verlangt ein Reichsgesetz über Flußregulierungen, dessen Bestimmungen nicht zu rigoros sein dürften.

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.) verteidigt der

Präsident des Reichsgesundheitsamts Professor Köhler die Tätigkeit der biologischen Abteilung.

Abg. Scheidemann (Soz.): Sie (nach rechts) haben die Frage der Fleischbeschau schon im Landtag und im preußischen Oekonomie-Kollegium vorgebracht. Jetzt fangen Sie damit auch im Reichstag an, um für die große Woche im Zirkus Busch gründlich gerüstet zu sein. (Oho! rechts.) Graf Posadowsky, dessen Intelligenz und Arbeitskraft uns im Zukunftsstaat gewiß außerordentlich nützlich sein könnte (Heiterkeit), will noch nicht genügend Erfahrungen mit dem Fleischbeschaugesetz gemacht haben. Aber die Konsumenten, die Fleischimporteure und die deutschen Schlächtermeister verlangen seine Beseitigung. Selbst der bülow-offiziöse „Hamburgische Correspondent" nannte es einen der traurigsten Triumphe der reaktionären Wirtschaftspolitik. Die ausländischen Importeure bestraft man für jeden Zusatz von Borsäure, den deutschen Meistern läßt man den zehnfach größeren durchgehen. Die konservativen Mittelstandsretter haben durch dieses Gesetz den Mittelstand, die Wurstfabrikanten, schwer geschädigt. Die Gebühren, durch welche nach einer geheimen Begründung des Entwurfs die Mehrausgaben für Beamte wieder eingebracht werden sollen (Hört, hört! links), sind unerträglich hoch. Ein leibhaftiger preußischer Geheimer Finanzrat (Heiterkeit), Dr. Georg Schmidt, hat in einem vorzüglichen Kommentar — sicherlich ganz ungewollt — die Unhaltbarkeit vieler Bestimmungen und den Mangel fester Begriffsbestimmungen nachgewiesen. Bald ist Speck Speck, bald Fett, bald zubereitetes Fleisch, ganz wie der junge Karpitzki schrieb: Bald ist der Katz eine Katze, bald ist die Katz ein Kater. (Heiterkeit.) Ich könnte Ihnen zahllose Widersprüche des Fleischbeschaugesetzes mit dem Zolltarif im einzelnen vorführen. Die Einfuhr hat unter dem Fleischbeschaugesetz bedeutend gelitten, unsre ganze Stellung auf dem Weltmarkt ist erschüttert. Sie (nach rechts) haben es in letzter Linie auf die Volksgesundheit, in erster Linie auf Ihren Profit, die Steigerung der Fleischpreise, abgesehen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Unruhe rechts.) Das haben auch Graf Posadowsky und der Zentrumsabgeordnete Gerstenberger offen zugegeben.

Die Worte „national" und „Patriotismus" gebrauchen die Herren der Rechten ja nur, wenn sie dem Volk das Fell über die Ohren ziehen wollen. Für Preußen taugt das bayrische, für Bayern das preußische und für Deutschland das auswärtige Schwein nichts. Das nationale Schwein ist das einzig anständige. (Heiterkeit.) Wir haben aus Büchern von der Landwirtschaft wenigstens so viel gelernt, wie Sie aus Kavallerie-Regimentern. Auch Ihnen könnte das Davidsche Buch über die Landwirtschaft nichts schaden. (Rufe rechts: Schippel!) Schippel ist auch nicht von Pappe und dessen Kenntnisse wünsche ich Ihnen. Das vom Bund der Landwirte herausgegebene Handbuch sagt unter der Ueberschrift „Schlachtvieh und Fleischbeschau": Erst wenn die deutsche Landwirtschaft den Nachweis führt, daß sie den einheimischen Bedarf decken kann, wird die deutsche Regierung sie vor der Konkurrenz des Auslandes schützen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und dabei ist der Rindviehbestand in den letzten 3 Jahren um 4,1 Prozent zurückgegangen. (Hört, hört! b. d. Soz.) David hat nachgewiesen, wieviel besser die Landwirtschaft die Viehzucht betreiben könnte ohne die verfluchte Schutzzollpolitik. (Laute Oho!-Rufe rechts, Bravo! b. d. Soz.) Legen Sie (nach rechts) doch einmal jemand auf den Tisch des Hauses nieder, der sich am ausländischen Fleisch den Magen verdorben hatte. (Heiterkeit.) Durch das Fleischbeschaugesetz sind die Fleischpreise, allerdings nicht ohne Mitschuld der Schlächter, bedeutend gestiegen. Als Redner die Zentrumsresolution über das Fleischbeschaugesetz erwähnt, unterbricht ihn

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich bitte Sie, wenigstens nicht über die Resolution als solche zu sprechen. (Heiterkeit.)

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Auch wir befürworten die Uebernahme der Untersuchungskosten auf die Landesverbände. Weiter verlangen wir erleichterte Einfuhrbedingungen. So leisten wir wieder ein Stück positiver Arbeit im Interesse der Volksgesundheit. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (Freis. Vp.): Ich stimme dem Redner vollkommen zu; einen Teil der Schuld trägt die schlechte Organisation des Reichsgesundheitsamts, das halb Verwaltungsbehörde, halb wissenschaftliches Institut ist. Dringend notwendig ist die Reform des Krankenpflegewesens und des Apothekenbetriebes. Das praktische Jahr sollte allen Medizinern erlassen werden, die vor Erlaß der neuen Prüfungsordnung ihr Studium begonnen haben; diese selbst bedarf schärferer Fassung. (Bravo! links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Gebühren-Festsetzung für die Fleischuntersuchung sollte von vornherein nur eine vorläufige sein. Auch ich habe den Eindruck, daß ein Teil der Gebühren zu hoch gegriffen wird und werde mich sofort wegen einer Aenderung der Gebührenordnung mit den Regierungen in Verbindung setzen. Voraussetzung für die Einbringung eines Reichs-Apothekengesetzes wäre die Ablösung der in Preußen vorhandenen Apotheken. Der Herr Kultusminister ist zurzeit mit der Ausarbeitung einer Reform des Apothekenwesens beschäftigt, über deren Einzelheiten ich Ihnen noch nichts sagen kann.

Eine Reform des Krankenpflegewesens wäre gewiß notwendig. Das Reichsgesundheitsamt hat sich dahin geäußert, daß eine Prüfung für das Krankenpersonal nach einheitlichen Grundsätzen und eventuell eine zweite Prüfung für Oberwärter einzuführen sei. Im November 1903 ist ein Rundschreiben in diesem Sinne an die Regierungen ergangen. Die Antworten stehen noch aus.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Köhler verteidigt die Organisation des Amtes. Die Frage der Uebertragung von Tiertuberkulose auf Menschen wird streng wissenschaftlich [illegible] Kommission von Fachleuten hat einen Versuchsplan bis ins Detail ausgearbeitet. Die Entscheidung wird jedenfalls nicht nach einseitigen Gesichtspunkten erfolgen.

Abg. Dr. Becker (natlib.) verteidigt das Borsäureverbot und schließt sich den Ausführungen des Abg. Mugdan über das praktische Jahr der Mediziner an.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vp.): Die wirklich schwindelhaften Geheimmittel sollte man ganz verbieten. Wir verlangen ein kontradiktorisches Verfahren darüber, was ein Geheimmittel ist und was nicht.

Präsident Köhler: Die Liste ist jedem der beteiligten Produzenten vorher mitgeteilt worden. Jedenfalls bedeutet die Liste einen Fortschritt.

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Vg.): Bei den Brandtschen Pillen wird das Publikum um 80 Prozent übervorteilt. Die Angriffe

---

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(52. Fortsetzung.)

Beide sahen sich eine Weile an. Doktor Zimmer fand, daß der Ingenieur einen vollkommen klaren und ruhigen Eindruck machte. Er hatte sich auf ganz etwas andres gefaßt gemacht. Horstmann verlor seine anfängliche Voreingenommenheit. Der alte Herr mit seiner vornehm zurückhaltenden Art erweckte in ihm bald wieder das gleiche Vertrauen wie früher.

„Als ich hier vorbeikam," fuhr der Geheimrat leichthin fort, fiel mir auf, daß im Parterre alle Läden geschlossen sind. Ich dachte schon, Sie wollten verreisen."

„Die Gesellschaftszimmer sollen nicht mehr benutzt werden. Wir drei Menschen haben hier oben Platz genug."

„Ihrer Frau Gemahlin wird's wohl ein bißchen schwer werden, ganz auf die Geselligkeit zu verzichten."

„In den zwei ersten Jahren unsrer Ehe hat meine Frau genug Gesellschaften mitgemacht, oder viel zu viel. Sie war jedermanns Gesellschafterin, nur nicht die meine. Jetzt soll sie vor allem mit mir leben."

„Hm, natürlich."

„Außerdem müssen wir uns einschränken. So lange ich noch tätig war, konnte ich stolz wie die Amerikaner sagen: Geldverdienen ist das beste Sparen. Heute, wo ich von meinem Erworbenen lebe und alt bin, muß ich sparen. Deshalb habe ich alle überflüssigen Dienstboten entlassen. Ich bin wohlhabend genug, um mit meinen Mitteln behaglich zu leben, aber das Geld zum Fenster hinauswerfen kann ich nicht. Meine Frau wird das mit der Zeit wohl einsehen."

„Gewiß! Gewiß!" murmelte der alte Herr. Sie haben vollkommen recht. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin."

„Wollen Sie ihr nicht guten Tag sagen?"

Horstmann klingelte und ließ Anna rufen. Atemlos hatte diese gelauscht, ob es zwischen dem Arzt und ihrem Mann nicht zu einer heftigen Szene käme. Als sie hereinkam, nahm sie eine leidende Miene an, gab dem Geheimrat schlaff die Hand und zuckte auf die Frage nach ihrem Befinden, ohne zu antworten, die Achseln.

„Sie sehen aber recht gut aus, gnädige Frau."

Anna ließ die Mundwinkel hängen und warf ihm einen gebrochenen Blick zu.

„Ein bißchen blaß vielleicht, aber das wird sich schon geben. Sie müssen recht viel spazieren gehen. Im übrigen Ruhe! Ruhe! liebste gnädige Frau. Was macht denn das Töchterchen?"

Ganz fassungslos über diese unerwartete Frage sprang Anna auf und sagte heftig:

„Es geht mir doch nicht so gut, wie Sie glauben, Herr Geheimrat."

„Was fehlt Ihnen denn?" fragte er in seinem harmlosesten Ton.

Sie starrte ihn an. Wußte er denn nicht, was geschehen war? Hatte er nicht mit ihrer Mutter gesprochen und war gekommen, um diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu machen?!

„Was mir fehlt? Sehen Sie denn nicht, daß ich leidend bin? Ich habe Fieber. Ich bin schwach zum Umfallen. Ich habe nicht den geringsten Appetit. Ich kann einfach dies Leben nicht mehr aushalten, sonst werde ich verrückt."

Der alte Herr hatte sich ganz in den Anblick seiner gespreizten Hand vertieft. Dann sah er plötzlich Anna an, mit einem Lächeln, das zu sagen schien: Sie haben soeben etwas sehr Dummes gesagt, kleine Frau.

Anna hatte dieselbe Meinung und war wütend über ihre Aufgebrachtheit.

Nun begann ein langes Examen. Sie gab Symptome an, die nicht zu einander stimmten. Schließlich warf sie sich aufs Sofa und begann zu weinen.

Die zwei Wochen gänzlicher Verlassenheit hatten sie schon mürbe gemacht.

Das Ende vom Liede war, daß der Arzt erklärte, es fehle ihr nichts Besonderes, sie sei höchstens ein bißchen hysterisch. Dagegen verschrieb er ihr Baldriantropfen und kalte Einwicklungen.

Schon durch den Besuch bei Frau Düsbach hatte der Geheimrat den Verdacht geschöpft, man wollte ihn benutzen, um in einem Streit zwischen Horstmann und seiner Familie diese zu unterstützen. Sein Verdacht wurde durch die persönliche Unterredung mit dem Ingenieur noch gesteigert.

Dieser war vielleicht zu schroff vorgegangen; vom gesellschaftlichen Standpunkt aus war sein Benehmen unklug und rücksichtslos, aber es gab nicht einen Punkt, worin er gegen den gesunden Menschenverstand verstoßen hätte. Menschlich waren beide zu beklagen: der alte Mann sowohl, der sich nach der schweren Enttäuschung von der Lebensbühne zurückziehen wollte, wie diese junge Frau, die im Bewußtsein ihrer Schönheit und ihrer wahren Bestimmung danach verlangte, in der Komödie des Lebens ihre Rolle weiter zu spielen. Aber zu helfen war den beiden nicht. Sie mußten ihr Verhältnis selber ordnen, vielleicht würde die Zeit den Mann milder und die Frau resignierter stimmen. Das war seine Ansicht über diesen Fall.

Horstmann war aus seiner Betäubung erwacht, nachdem er eine neue Aufgabe gefunden hatte. Er wollte sich sein Weib zurückerobern, oder vielmehr, er wollte sie sich neu erobern, denn er hatte sie ja nie besessen. Er liebte sie noch immer, aber seine inbrünstige, blind anbetende Liebe hatte sich in Argwohn, Groll und Herrschsucht verwandelt. Die ganze ungeheure Kraft, die sich bis dahin an Werken von Stein und Eisen erprobt, in der Herrschaft über Hunderte von aufsässigen Arbeitern geübt hatte, setzte er nun daran, um ihren Willen zu brechen und sie gefügig zu machen. Gegen ihre Schlauheit setzte er seine Brutalität, gegen ihre hysterischen Wutausbrüche seine unerschütterliche Ruhe. Vom frühen Morgen an hatte er keinen andern Gedanken als den, sie zu beschäftigen und zu überwachen.

(Fortsetzung folgt.)

Herrn Scheidemann gegen das Fleischbeschaugesetz gingen zu weit. In der Kritik sind ja die Herren stark, praktische Mittel zur Hebung der Landwirtschaft haben Sie noch nie angegeben. Dazu sind Sie politisch noch nicht reif genug. (Lachen b. d. Soz. Bravo! rechts.) — Auf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. Februar 1904.

Das „Kartell" als Schwindel entlarvt.

Durch Zufall erhalten wir Kenntnis von folgendem Schreiben, das uns heute auf den Redaktionstisch flog:

Schönebeck a. E., 29. Januar 1904.

„Schönebecker Zeitung" (Th. Wulfert),
An
das königliche Landgericht
Magdeburg.

Vor einiger Zeit erschien bei mir ein gewisser Stein, welcher angab Reisender einer Inseratenfirma „Kartell" (G. m. b. H.) zu sein und überredete mich von den Diensten eines Inseratenkartells kontraktlich Gebrauch zu machen. Nachträglich bekam ich nun aber von einem andern Expeditionsbureau die Nachricht, daß das Unternehmen „Kartell" nur auf dem Papier stehe und das Unternehmen für die einzelnen Zeitungen ungünstig wirke. Da mir nun jetzt auch in dem Benehmen des p. Stein eine große Unsicherheit auffällt, schöpfe ich den Verdacht der Vorspieglung falscher Tatsachen, weshalb ich an die Firma Kartell (G. m. b. H.), Berlin, Potsdamerstraße 184, wie Stein die Adresse seiner Firma angab, schrieb, um mich nach dem Fundament des Geschäfts zu erkundigen. Der Brief an die Firma kam aber als unbestellbar zurück und füge ich Abschrift des unbestellbaren Briefkuverts bei. Da mir nun die Angabe des Stein als Unwahrheit und die Bestrebungen des Mannes nicht reeller Natur zu sein scheinen, er auch die unterzeichnete Firma und Prokura wohl aus der Luft gegriffen hat, bitte ich das Königliche Landgericht, doch hochgeneigtest mir darüber Mitteilung zu geben, ob in den Handelsregistern der unterstellten Amtsgerichte in Magdeburg und Vororte eine Firma „Kartell" (G. m. b. H.) existiert und einen Prokuristen namens Stein besitzt (vermutlich Verleger der „Neuesten Nachrichten). Eine Retourmarke füge ich zur Antwort ergebenst bei und sehe der Auskunft ergebenst entgegen.

Hochachtungsvoll
Expedition der „Schönebecker Zeitung"
Inh: Th. Wulfert.

Darauf hat das Landgericht dem Anfragenden unterm 30. Januar geantwortet:

„Eine Firma, wie nebenstehend angegeben, ist im hiesigen Handelsregister nicht verzeichnet.
Walbert, (?) Kanzleirat."

Ebenso teilte das Landgericht Berlin dem Anfragenden mit, daß auch dort ein solches „Kartell" als G. m. b. H. nicht eingetragen sei. Aus diesem Grunde wird die am Donnerstag hier tagende **Konferenz der Zeitungsverleger** weitere Schritte gegen Herrn Louis Stein beschließen.

Interessant ist für die moralische Beurteilung dieses Herrn noch folgendes: Durch seinen Annoncen-Aquisiteur G. ließ er seit acht Tagen bei den Inserenten erzählen, daß am [illegible] die erste Nummer der neuen Beilage „den Blättern" beigelegt würde. Der Sonnabend kam, allein nicht ein einziges der von Herrn Stein aufgeführten Blätter hat die Beilage gehabt! Trotzdem schreibt der weder von Skrupeln noch Zweifeln geplagte Herr Stein an der Spitze des Blattes: **Auflage 30000 Exemplare.** Herrn Steins Maschinenmeister und Drucker wird jetzt vor Gericht Gelegenheit gegeben werden, unter Eid für die Behauptung seines Brotgebers einzustehen. — — (Fortsetzung folgt.)

Wohl in einer Anwandlung von Gewissenhaftigkeit hat Stein die Bemerkung am Kopfe des Blattes gestrichen. Aber es wird ihm wenig nützen. —

Waschküche und Keller als — Fleischerwerkstatt!

Ueber eine wenig appetitliche Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin schreibt uns unser dortiger w-Korrespondent:

Gegen den Fleischermeister Kirschner zu [illegible], Berlinerstraße 16/17, war bei der Polizei eine anonyme Denunziation eingelaufen, daß er zwei **Kellerräume als Fleischerwerkstatt** benutze, obwohl sie nach der Magdeburger Baupolizeiverordnung nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen geeignet seien. Auf eine polizeiliche Revision hin erließ dann die städtische Baupolizei-Verwaltung eine Verfügung an Kirschner, wodurch ihm aufgegeben wurde, aus den beiden Kellerräumen, wovon der eine direkt vom Laden aus zugänglich ist, die Werkeinrichtung zu beseitigen und sie nicht wieder als Werkstatt zu benutzen. Für den Fall der Zuwiderhandlung wurde ihm eine Strafe angedroht. Eine Abschrift der Verfügung erhielt der Hauswirt, Friseur Dressel.

Beide erhoben beim Regierungspräsidenten Beschwerde. Kirschner bestritt, die Kellerräume dauernd als Werkstatt zu benutzen. Ein dauernder Aufenthalt von Menschen werde durch die Benutzung nicht erfordert. In dem direkt vom Laden zugänglichen Keller, der als Vorratsraum diene, befinde sich allerdings ein Hackklotz und und ein Beil, aber nur, um schnell einmal ein Stück Fleisch abzutrennen, was oben im Laden gebraucht werde. Auch ein Tisch sei darin, um etwas beiseite legen zu können. Und der andre Kellerraum gehöre ihm überhaupt nicht. Das sei die **Waschküche.** Allerdings hätte er die Erlaubnis, hier hin und wieder einmal **Wurst zu machen.** Das daure höchstens **ein paar Tage in der Woche, und nachher diene der Raum wieder als Waschküche.** Seine Werkstatt habe er auf dem Schlachthofe.

Der **Regierungspräsident** wies die Beschwerden ab und führte aus, es sei **außer Zweifel,** daß die beiden unter Terrain liegenden Kellerräume nicht als Vorratsraum und Waschküche dienten, sondern tatsächlich **als Fleischerwerkstatt benutzt** würden. Das sei wegen ihrer Nichteignung zum dauernden Aufenthalt von Menschen **unzulässig.** Auf eine Beschwerde an den **Oberpräsidenten** ließ dieser noch einmal nachforschen. Bei der Besichtigung arbeiteten in dem hintern Raume der Meister und sein Geselle. Der Geselle zerschnitt Fleisch, das für Sülze bestimmt war und im Kessel kochte etwas. Därme und andre Materialien waren ebenfalls vorhanden, sowie auch verschiedene Geräte. Und im sogenannten „Vorratskeller" befand sich außer dem Hackklotz noch ein großes mehrschneidiges Wiegemesser, das auf dem Tische lag, wie auch einige Messer.

Der Oberpräsident wies daraufhin die zweite Beschwerde ebenfalls zurück. Nunmehr klagten die Beschwerdeführer beim Ober-Verwaltungsgericht, das ebenfalls noch Recherchen vornehmen ließ. Besonders stellte dieses fest, daß Kirschner auf dem städtischen Schlachthofe gar keine Werkstatt gemietet hatte, sondern nur eine Kühlzelle, und zwar mit zwei andern Schlächtermeistern zusammen. Er schlachtete öfter im Schlachthause und zerlegte die Tiere nur in einige große Teile. Nach dem Gutachten des Schlachthofbeamten könne höchstens eine weitere Zerteilung im Kühlraum stattfinden, nicht aber eine solche, wie sie zur eigentlichen Fleischverwertung zu Wurst usw. erforderlich sei. Das wäre ganz unmöglich.

Der achte Senat des Oberverwaltungsgerichts wies die Klage mit folgender Begründung ab: Zweifellos sei der hintere Kellerraum als Fleischerwerkstatt benutzt worden, und dasselbe hinsichtlich des Vorratsraumes festzustellen, liege kein Bedenken vor. Die tatsächlichen Voraussetzungen zu dem Vorgehen der Polizei seien also vorhanden, denn mit jener Benutzung sei ein dauernder Aufenthalt von Menschen verbunden. —

— **Die Delegierten des Gewerkschafts-Kartells** werden auf die in heutiger Nummer enthaltene Einladung zur Kartell-Sitzung aufmerksam gemacht und in Anbetracht der wichtigen und reichhaltigen Tages-Ordnung um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten. —

— **Der Diskussionsabend** des Sozialdemokratischen Vereins, Bezirk Alte Neustadt, welcher am Mittwoch den 10. d. M. bei Lackenmacher, Ottenbergstraße, stattfindet, wird sich mit der Diskussion über „Die Grundrechte" beschäftigen. Vollzähliges Erscheinen der Vereinsmitglieder, auch solcher aus andern Stadtteilen, ist erwünscht.

— **Die Untersuchungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** über die Arbeitsverhältnisse der Berliner Metallindustrie im Herbst 1902 beanspruchen, so schreibt die demokratische „Frankf. Ztg.", nicht nur darum Interesse, weil sie die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Zeit der Krise fixiert haben, sondern weil sie auch wieder einmal erweisen, daß die günstigsten Arbeitsverhältnisse in den Großbetrieben zu finden sind. Am ungünstigsten waren die Lohnverhältnisse in den Mittelbetrieben, wenn sie auch im allgemeinen nur wenig hinter den in Kleinbetrieben zurückblieben. Entscheidend für den Unterschied zwischen den Lohnverhältnissen in den Kleinbetrieben und in den Mittelbetrieben war der geringe Prozentsatz bei den letzteren in der obersten Lohnklasse. Es verdienten nämlich über 33 Mark pro Woche in den Mittelbetrieben 7,4, in den Kleinbetrieben 9,1 und in den Großbetrieben 19,94 Prozent. Freilich wiesen die Mittelbetriebe dafür in der untersten Lohnklasse (bis zu 15 Mark) einen etwas niedrigeren Prozentsatz und in der mittleren Lohnklasse (15 bis 33 Mark) einen etwas höheren Prozentsatz auf, als die Kleinbetriebe. Doch waren diese Unterschiede zu gering, um die Differenz mit der obersten Lohnklasse ganz auszugleichen. Bei weitem günstiger lagen dagegen die Lohnverhältnisse in den Großbetrieben. Hier war die unterste Lohnklasse noch nicht einmal halb so stark vertreten, wie in den andern beiden Betriebsgruppen. Dafür war der Prozentsatz in der obersten Lohnklasse mehr als doppelt so groß, wie in den Klein- und Mittelbetrieben. —

— **Recht merkwürdige Geschäftsmanieren** scheint die Krankenkasse Merkur (E. H. Nr. 82) Hannover zu haben. Unser dortiges Parteiblatt berichtet darüber: Vor uns liegen zwei vom Kassierer Feddersen unterschriebene Mitteilungen an ein Mitglied. Die eine vom 27. Januar datierte gibt dem Betreffenden Frist zur Begleichung seiner restierenden Beiträge bis „heute über acht Tage", andernfalls die gerichtliche Beitreibung erfolgen solle. Gleichzeitig befindet sich noch folgender Passus in der Mitteilung:

„Ebenfalls wollen Sie die von der Kasse erhaltene Brille zurückliefern, an welcher Sie nur ein Gebrauchs- aber kein Eigentumsrecht haben."

Auf dieses Verlangen ging das Mitglied natürlich nicht ein, sondern gab eine nicht mißzuverstehende Antwort, worauf derselbe Kassierer, der eine achttägige Zahlungsfrist am 27. bewilligte, am 29. Januar schon schrieb: „Klage wegen Beiträgen wird morgen eingereicht." Ueber die Rückgabe der Brille teilte er mit: „Die Bestimmungen wegen Rückgabe von Heilmitteln können Sie im Bureau einsehen!"

Eine solche Praxis ist unerhört. Die Kasse hat Mitglieder in der Provinz Hannover, Hessen-Nassau, Braunschweig, Lippe, Magdeburg und mutet denselben zu, Bestimmungen, die nicht im Statut stehen, auf dem Bureau der Kasse einzusehen! Zum Erlaß solcher Bestimmungen hat der Vorstand aber auch gar kein Recht und die Brille kann die Kasse auch nicht zurückverlangen. Eine Kasse, die derartig handelt, die insbesondere bewilligte Zahlungsfristen sofort aufhebt, wenn ein Mitglied sich nicht den unberechtigten Befehlen des Vorstandes fügt, wird schließlich auch das Vertrauen der Mitglieder verlieren. Der Vorstand hat deshalb alle Ursache, nach andern Grundsätzen zu verfahren. —

— **Vom Magdeburger Arbeitsmarkt.** Der Monat Dezember weist nach den Mitteilungen des Statistischen Amts und soweit die An- resp. Abmeldungen bei den

In Japan.

Eindrücke und Stimmungen.

Von Lafcadio Hearn.

I.

Mit der köstlichen Ueberraschung einer ersten Fahrt durch japanische Straßen — außerstande, sich dem Kuruma-Läufer anders verständlich zu machen, als durch Gebärden, eindringliche Gebärden — empfängt man das erste reale Gefühl, in jenem fernen Osten zu sein, von dem man soviel gelesen, soviel geträumt hat und der — wie unsre Augen bezeugen — uns bis jetzt so ganz und gar fremd geblieben ist. Schon in dem vollen Bewußtwerden dieser im Grunde ganz alltäglichen Tatsache steckt Romantik, aber für mich verklärt sich dieses Bewußtsein unsagbar durch die göttliche Schönheit des Tages.

In der Morgenluft ist ein unbeschreiblicher Zauber der Kühle, der Kühle eines japanischen Frühlings, mit Windwogen von dem Schneegipfel des Fuji — ein Zauber, der vielleicht mehr in der weichen Klarheit des Lichts liegt, als in irgend einem ausgesprochenen Ton — eine außerordentliche atmosphärische Durchsichtigkeit, mit bloß einer Andeutung von Blau darin, durch welche die allerentferntesten Gegenstände sich mit frappierender Schärfe und Deutlichkeit abheben. Die Sonne ist nur lind warm — die „Jinrikisha", oder „Kuruma", das denkbar wohligste Gefährte, und die Straßenausblicke, die sich mir über die hin- und hertanzende, hohe, pilzförmige Kopfbedeckung meines sandalenbekleideten Läufers darbieten, haben einen Charme, gegen den ich mich nie abstumpfen könnte. Alles scheint elfenhaft — denn alles und jedes ist klein, wundersam und mysteriös. Die kleinen Häuschen unter ihren blauen Dächern, die kleinen blauausgeschlagenen Verkaufsläden und die lächelnden kleinen Leute in ihren blauen Gewändern. Nur manchmal wird die Illusion durch das zufällige Vorübergehen eines großgewachsenen Fremden gestört, oder durch den Anblick verschiedener Ladenschilder mit Aufschriften in einfurchtbarem Kauderwelsch, das Englisch sein soll.

Aber diese Disharmonien dienen nur dazu, die Realität zu verstärken; sie vermindern sie das Zauberhafte der kleinen, dreckigen Straßen. Anfänglich ist es nur eine köstlich wundersame Verwirrung, siehst du eine von ihnen entlang, durch das endlose Geflatter und Wehen der Flaggen und Draperien, denen japanische und chinesische Schriftzeichen ein phantastisches und geheimnisvolles Aussehen verleihen. Denn es sind keine unmittelbar erkennbaren Gesetze der Konstruktion und Dekoration ersichtlich. Jedes Gebäude hat seinen ureigensten, phantastischen Reiz, — nichts ist genau so, wie irgend etwas andres, — aber allgemach hat man eine Stunde in dem Viertel zugebracht, erkennt das Auge vage irgend einen allgemeinen Plan in der Anordnung dieser niedrigen, leichten, seltsam gegiebelten Holzhäuschen mit ihren gegen die Straßen geöffneten ersten Stockwerken und dünnen, über die Auslagen hinausragenden Dachstreifen, die sich gleich Marquisen zu den mit Papierschirmen umgebenen Miniaturbalkonen der zweiten Stockwerke zurückbauschen. Man bemerkt, daß dasselbe reiche Blau, das in der Volkstracht vorherrscht, auch in der Ladendekoration dominiert, obgleich mit einem kleinen Einschlag andrer Farben und Tinten — hellblau, weiß und rot (kein gelb und grün). Und dann fällt es auch auf, daß die Kleider mit denselben Schriftzeichen bedeckt sind, wie die Ladendraperien. Keine Arabesken könnten eine solche Wirkung hervorbringen, wie diese.

Erblickt man das Kleid eines Arbeiters, das am Rücken mit solchen Schriftzeichen geschmückt ist, rein weiß oder dunkelblau, und groß genug, um von der Ferne gelesen werden zu können (das den Träger als ein Mitglied oder einen Bediensteten irgend einer Gesellschaft oder Gilde kenntlich macht), so geben sie dem ärmsten Gewande den Anschein der Pracht. Und schließlich, indem du noch dem Geheimnis der Dinge nachgrübelst, wird es dich wie eine Offenbarung überkommen. Der ganze überwältigende Eindruck des Malerischen dieser Straßen liegt einfach nur in der Fülle der japanischen und chinesischen Schriftzeichen, die in Weiß, Schwarz, Blau oder Gold alles dekorieren, selbst Türpfosten und Papierschirme.

Der Eindruck, den diese Bildsprache auf ein japanisches Gehirn macht, ist himmelweit verschieden von dem Eindruck, den ein abendländisches Hirn von einem Buchstaben oder von einer Kombination von Buchstaben empfängt, jenen trockenen Symbolen von Stimmlauten. Dem japanischen Hirn lebt das Bildzeichen, es spricht, es gestikuliert, und die ganze Ausdehnung einer japanischen Straße ist voll solcher lebender Schriftzeichen-Gestalten, die in die Augen springen, Worte, die lächeln oder Grimassen machen wie Gesichter. Was solche Zeichen, im Vergleich mit unsern eignen leblosen Buchstaben sind, können nur die verstehen, die im fernen Osten gelebt haben. Denn selbst die gedruckten Schriftzeichen der japanischen und chinesischen Texte geben keine annähernde Vorstellung von der Schönheit solcher für dekorative Inschriften, bildhauerische oder gewöhnliche Annoncenzwecke modifizierter Schriftzeichen. Keine pedantische Konvention engt die Phantasie des Zeichners oder Kalligraphen ein. Jeder bemüht sich, seine Buchstaben schöner als irgend ein andrer zu machen. Generationen auf Generationen von Künstlern haben seit unvordenklichen Zeiten den gleichen Feuereifer aufgewendet, so daß durch Jahrhunderte und Jahrhunderte unermüdlicher Anstrengung und Studien der primitive Hieroglyph zu einem Dinge von unsagbarer Schönheit entwickelt wurde. Er besteht nur aus einer gewissen Anzahl von Pinselstrichen, aber in jedem Pinselstrich ist eine unergründliche, geheime Kunst der Anmut, der Proportion, unmerklichen Schwunges, welche ihn tatsächlich lebendig erscheinen läßt. Betrachtet man das seltsam persönlich belebte esoterische Aussehen japanischer Schriftzeichen, ist es wahrlich nicht verwunderlich, daß es wunderbare Legenden der Kalligraphie gibt, die berichten, wie Worte, von Meistern geschrieben, von ihren Tafeln herunterstiegen, um mit der Menschheit Zwiesprache zu halten.

Mein Kuruma nennt sich Cha. Er trägt einen weißen, hohen Hut, der wie der Kopf eines ungeheuren Pilzes aussieht, eine kurze, weitärmelige Jacke, blaue, enganliegende Beinkleider, die bis an die Knöchel reichen, und leichte Strohsandalen, die an seine nackten Beine mit Schnüren aus Palmenfasern gebunden sind. Zweifellos ist er der Typus all der Geduld, Langmut und einschmeichelnden Kraft seiner Rasse. Schon hat er seine Kraft bewiesen, indem er mich dazu veranlaßte, ihm mehr zu geben, als das Gesetz vorschreibt, und ich bin vergebens davor gewarnt worden. Denn das erste Gefühl, ein menschliches Wesen als Pferd zwischen zwei Schäften stundenlang vor sich hertrotten zu sehen, ist an sich genügend, Mitleid zu erregen. Und wenn ein solches menschliches Wesen, das mit all seinen Hoffnungen, Erinnerungen, Gefühlen, seinem Begreifen zwischen zwei Deichseln so vor einem hertrottet, zufällig das lindeste Lächeln hat und über die Gabe verfügt, die geringfügigste Freundlichkeit mit den lebhaftesten Ausbrüchen der Dankbarkeit zu erwidern, so wird dieses Mitglied zur Sympathie und veranlaßt unvernünftige Impulse der Opferfreudigkeit. Doch das, was mich an Cha anzieht (Cha nicht als bewegende Kraft betrachtet, sondern als Persönlichkeit), lese ich in der Menge von Gesichtern, die sich uns während unsrer Fahrt durch diese Miniaturstraßen zuwenden. Und vielleicht ist der besonders vergnügliche Eindruck dieses Morgens durch die seltsame Sanftheit dieser Volksneugierde bewirkt worden. Jeder blickt neugierig auf dich, aber der Blick hat niemals etwas Unangenehmes, geschweige denn etwas Gehässiges. Meistens ist er von einem Lächeln oder halben Lächeln begleitet. Und schließlich glaubt sich der Fremde durch all diese gütigen Blicke und lächelnde Neugier ins Feenland versetzt. Diese Behauptung ist zwar aufreizend abgedroschen, denn jeder, der die Empfindung seines ersten Tages in Japan beschreibt, spricht von dem Lande als Feenland und seinen Bewohnern als einem Märchenvolk. Aber es gibt einen natürlichen Grund für die Einmütigkeit dieses Ausdrucks bei der Beschreibung dessen, beim ersten Versuch genauer zu veranschaulichen, was fast unmöglich ist. Man findet sich plötzlich in eine Welt versetzt, wo alles in einem kleineren und zierlicheren Maßstab ist als bei uns, — eine Welt von kleineren und augenscheinlich gütigeren Wesen, alle dir zulächelnd, als wollten sie dir alles Gute wünschen, — eine Welt, wo alle Bewegung langsam und weich ist und die Stimmen gedämpft, eine Welt, wo Land, Leben und Himmel anders sind, als man es jemals anderswo gesehen und, dies ist sicherlich für Phantasien, die mit europäischer Volkssage genährt wurden, die Verwirklichung des alten Traumes einer Elfenwelt.

unter Aufsicht des Magistrats stehenden Krankenkassen einen Rückschluß auf die Erwerbsverhältnisse zulassen, einen nicht unerheblichen Rückgang auf. Nur bei zwei Gewerbegruppen ist anscheinend eine kleine Besserung eingetreten, nämlich in der Metallindustrie und im Gastwirtsbetrieb. In der ersteren Gruppe ist ein Plus von 21 Personen, die mehr ein- als ausgetreten sind, zu verzeichnen. Hierbei ist zu bemerken, daß außerdem noch 142 Personen einer andern Zwangskasse überwiesen worden sind. Ein Mehr von 48 Personen hat das Gast- und Schankwirtsgewerbe aufzuweisen. Das größte Minus haben die Handelsbetriebe, wo 430 Personen mehr aus- wie eingetreten sind. Die nächstgrößte Ziffer betrifft naturgemäß die Baugeschäfte, Maurerei und Zimmerei, wo ein Verlust von 347 Personen vermerkt ist.

Auf die allgemeinen Verhältnisse dürfte diese Zahl insofern ohne besonderen Einfluß sein, da sie durch die alljährlich sich wiederholende allgemeine Arbeitseinstellung im Baugewerbe als eine konstante anzusehen ist. Weitere nicht unerhebliche Einbußen an Arbeitskräften haben die Nahrungsmittelindustrie mit 282 Personen und die Handwerksbetriebe jeder Art (ohne Maurerei und Zimmerei) mit einem Minus von 199 Personen zu erleiden gehabt. Ihr folgen: Sonstige Gewerbe mit 123, dann die Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe mit 116 Personen. Beim Verkehrsgewerbe (ohne Eisenbahn) und Schiffahrt ist ein Weniger von 8 Personen, wobei 82 Personen, die zu einer Freien Hilfskasse übergetreten sind. Alles in allem sind im Monat Dezember 1441 Personen mehr aus der Arbeit getreten als eingestellt worden sind. Da jedenfalls auch der Januar, von dem die Zahlen noch nicht vorliegen, eine weitere Verschlechterung bringen wird, so sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt als gute nicht zu bezeichnen. +

— **Eine Kommission ist ein Verein!** Also hat jetzt tatsächlich auch das Kammergericht entschieden. Unser Berliner w-Korrespondent schreibt uns darüber:

„Es handelte sich um die alte Geschichte, die den Lesern bekannt ist: Stadthagen war erst als „Vorsteher" der Agitationskommission bestraft worden, weil er die Einreichung von Statuten, die es gar nicht gab, unterlassen hatte. Davon kam er schließlich frei, er bleibt aber hängen, weil er die Mitglieder der Kommission nicht angemeldet hat. Stadthagens bekannte Einwände, daß die Kommission kein Verein sei, weist das Kammergericht mit folgender Begründung zurück: Allerdings würden Persönlichkeiten, die von andern gewählt würden, nicht durch das Zusammentreten an sich zu einem Verein. So habe ja auch das Kammergericht bei den Gewerkschaftskartellen öfter den Vereinscharakter verneint. Da seien dann aber auch die Gewerkschaftsvereine die Mitglieder des Kartells und die Delegierten nur ihre Vertreter, so daß eine Vereinigung physischer Personen nicht vorliege. Hier sei aber lediglich die Wählerschaft der sozialdemokratischen Partei einzelner Wahlkreise zusammengetreten und habe die Wahl vorgenommen; die Wahlvereine seien nicht Mitglieder der Kommission. Wenn nun die Gewählten zusammengetreten und eine ganz lose Vereinigung geblieben wären und jeder nur getan hätte, was ihm paßte, dann wäre es auch noch kein Verein. Hier indessen seien die Leute zusammengetreten mit dem Willen, gemeinschaftlich im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, und hätten ein regelrechtes Vereinsleben nach bestimmten Grundsätzen geführt und dabei eine ungeschriebene Satzung gehabt, die etwa begann: Mitglieder sind die Gewählten, die sich durch Legitimation ausweisen."

— **Wichtig für Hundebesitzer.** Wir machen darauf aufmerksam, daß diejenigen Hundebesitzer, welche für das Steuerjahr 1904 einen Zughund steuerfrei haben wollen, ein Gesuch an den Magistrat noch vor dem 1. April — also jetzt — einzureichen haben.

Gleichzeitig wollen wir darauf hinweisen, daß alle die Hunde, die bis zum 15. d. M. geworfen werden, am 1. April steuerpflichtig werden, später geborne sind vom 1. Oktober ab zu versteuern. Mehrfach festgesetzte Ordnungsstrafen lassen darauf schließen, daß die Vorschriften über die An- und Abmeldung von Hunden nicht genügend bekannt zu sein scheinen. Nach § 5 der Hundesteuer-Ordnung vom 15. Mai 1891 und 6. Juni 1893 ist jeder Hund, der angenommen oder angeschafft wird, oder mit dem jemand zuzieht, binnen 14 Tagen beim Magistrat, Spiegelbrücke 1/2, Zimmer 4, oder auf den Rathäusern der Vororte anzumelden. Jeder steuerpflichtige Hund, welcher abhanden gekommen, abgeschafft oder getötet worden ist, ist unter Rückgabe des Steuerauszugs und der Steuermarke abzumelden. Steuerfreie Hunde, welche abgeschafft worden sind, müssen spätestens 14 Tage nach Abgang unter Rückgabe des Freischeins und der Marke abgemeldet werden.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit einer Ordnungsstrafe von 5 Mark bestraft, wenn nicht eine Verheimlichung des Hundes vorliegt. Wer sich durch Verheimlichung eines Hundes der Steuer zu entziehen sucht, wird mit 30 Mark Geldstrafe bestraft, außerdem wird die entzogene Steuer von ihm eingezogen. —

— **Einen Spaß mit ernsten Folgen** leistete sich am Montag abend um 8 Uhr in der Jakobstraße ein junger Mann, der einem radfahrenden Freund mit der rechten Hand an das rotierende Hinterrad faßte und dabei unter das Schutzblech geriet. Nur mit großer Mühe war es möglich, die Hand, die stark gequetscht wurde, wieder zu befreien. Da derartige Scherze sehr oft zu beobachten sind, so sei hiermit davor gewarnt. —

— **Von einem Pferde geschlagen** wurde am Dienstag vormittag gegen 8½ Uhr in der Listemannstraße ein älterer Mann, der kurz hinter zwei von einem Koppelknecht geführten Pferden den Fahrdamm überschreiten wollte. Der Schlag war so heftig, daß der Getroffene zu Boden fiel und mittels einer Droschke nach seiner in der Neustadt belegenen Wohnung gebracht werden mußte. —

— **Die Fastnachtsnummer des „Wahren Jacob"** ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Das Scharfmachertum von vorn und von hinten" und „In der Maskengarderobe der deutschen Sozialreform" sowie die Illustrationen „Unter Kameraden ganz egal", „Die neueste Finanzreform", „Denkmalsseuche", „Faschingszoologie", „Eine Königskrönung", „Konservative Kolonialpolitik", „König und Narr", „Aschermittwoch", „Nationalliberal", „Bülows Rede" und „Von Fasching bis Aschermittwoch". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Spuk in der Wilhelmstraße", „Crimmitschau", „Das Nilpferd", „Des Kampfes Ende", „Der Narr der Narren", „Der Zukunftsstaat", „v. Einem", „Justiz-Ungeziefer", „Der Gipfel der Sozialreform" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Stammtischrede des Metzgermeisters a. D. Wurstler in München", „Das Attentat" und „Uniformveränderungen". Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pfg. —

— **Im Wilhelmstädter Naturheilverein** spricht heute Dienstag, abends 8½ Uhr, im „Wilhelmstädter Gesellschaftshaus", Schrotestraße 27, bei freiem Eintritt Herr F. Schmidt über „Die verschiedenen Arten von Kopfschmerz und Schlaflosigkeit". Gäste sind willkommen. —

— **Laube-Vortrag.** Eine tausendköpfige Menschenmenge beiderlei Geschlechts hatte sich am Montag abend in den weiten Räumen des „Bulsenpark" eingefunden, um den Vortrag des Herrn Laube über „Vulkane und Erdbeben", illustriert durch 90 Riesenlichtbilder, entgegenzunehmen. In seinem Vorwort gab der Vortragende eine Uebersicht über die bedeutendsten Katastrophen, die durch Erdbeben und Vulkanausbrüche herbeigeführt worden sind. Eine durchaus einwandfreie Erklärung über die Ursachen dieser Erscheinungen sei leider bis heute nicht vorhanden. Des weitern gab Redner eine kurze Erklärung über die Kant-Laplacesche Weltschöpfungstheorie sowie über die von Professor Falb aufgestellte Theorie über die Ursachen der Erdbeben. Bekannt seien im ganzen jetzt noch 322 tätige Vulkane. Wieviel sich im Weltmeer befinden, wisse man nicht, jedenfalls sei ihre Anzahl nicht klein. An der Hand der sich in rascher Aufeinanderfolge anreihenden scharfen Lichtbilder zeigte der Vortragende zunächst die geographische Lage der Vulkane am Rande des Großen Ozeans. Alsdann wurden die bedeutendsten Kraterbildungen, auch die des Mondes, einer Besprechung unterzogen. Besonderen Beifall fanden die durch den Vulkanismus und die heißen Thermen erzeugten prächtigen Gebilde, wie sie auf der Insel Jona Staffa und im Yellowstonepark in Nordamerika in die Erscheinung getreten sind. Der zweite Teil beschäftigte sich mit den Verheerungen, die durch Vulkanausbrüche hervorgerufen sind. Die Vorführung der untergegangenen Städte Herkulanum und Pompeji, aus neuerer Zeit St. Pierre auf Martinique, wirkten wahrhaft erschütternd.

Den Schluß bildete als angenehme Beigabe eine Wandrung durch die norddeutsche Tiefebene, Emden, Lüneburg und Bremen, die ebenfalls mit großem Interesse entgegengenommen wurde.

Nach 11 Uhr war der interessante Vortrag beendet. Durch Einstellung von Extrawagen seitens der Straßenbahn war es möglich, die Menschenmassen zu befördern. —

Gewerkschaftsbewegung.

Einen Aufruf an die Kutscher, Fuhrleute und Geschirrführer Deutschlands erläßt der Verband der Transportarbeiter. Es heißt darin u. a.:

Nach den amtlichen Ermittlungen hat die weitaus größere Mehrzahl der Kutscher und Fuhrleute unter einer durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit von 14—16 Stunden zu fronden, und dies bei gänzlich unzureichenden Pausen. Obendrein ist von einer Sonntagsruhe oft gar keine Rede. Der amtlichen Statistik gemäß müssen von 100 Kutschern usw. 97 an Sonn- und Feiertagen arbeiten, und zwar in recht vielen Fällen den ganzen Tag hindurch. Die über alle Maßen ausgedehnte Arbeitszeit hat zur Folge, daß Kutscher und Fuhrleute weit früher als Angehörige andrer Arbeiterkategorien invalide und arbeitsunfähig werden, ja daß ihnen durchschnittlich eine verhältnismäßig nur kurze Lebensdauer beschieden ist. Die herrschende lange Arbeitszeit ist es auch, die die Hauptschuld an der hohen Unfallziffer im Berufe trägt, unter allen Unfallberufsgenossenschaften hat bekanntlich die Fuhrwerksberufsgenossenschaft die höchsten Unfallziffern aufzuweisen.

Die Notwendigkeit, den gesetzgebenden Körperschaften seitens der in Betracht kommenden Berufskollegen einmütig und überzeugend die hohe Unfallziffer in unserm Berufe darzutun, wird ein allgemeiner Kongreß für sämtliche im Transport- und Fuhrgewerbe beschäftigten Personen zu Ostern am 3. und 4. April d. J. nach Berlin mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Die amtlichen und privaten Erhebungen im Transport- und Fuhrgewerbe, ihre Ergebnisse und die Notwendigkeit gesetzlicher Reglung der Arbeitszeit;
2. Die Unfallhäufigkeit in unserm Beruf, Unfallverhütungs-Vorschriften und Berufsgenossenschaften;
3. Die Straßenpolizei-Verordnungen und ihre Handhabung durch die behördlichen Organe;
4. Fahr- und Fachschulen.

Wir fordern nunmehr die in Frage kommenden Berufsgenossen allerorts auf, zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen und sich auf demselben durch Delegierte vertreten zu lassen. —

Provinz und Umgegend.

Olvenstedt, 9. Februar. (Achtung, Steuerzahler!) Bis Mittwoch läuft nur noch die Frist zum Steuerzahlen. Wer bis dahin nicht bezahlt hat, verliert sein Wahlrecht. —

Gommern, 8. Februar. (Vom Patriotismus.) Die hiesigen Patrioten vermissen bei der alljährlich hier stattfindenden Kaisergeburtstagsfeier (Festessen) die Teilnahme des arbeitenden Standes. Im Sprechsaal der „Zeitung für Gommern" macht ein hiesiger monarchisch gesinnter Bürger einige Vorschläge, dem Uebel zu steuern. Er empfiehlt, die Feier auf den Abend zu verlegen, sie zu begehen durch Ansprachen, Deklamationen, Gesangsvorträge usw., und hierzu das hiesige arbeitende Volk einzuladen; diese Art der Kaisergeburtstagsfeier sei im Gegensatz zu der bisher üblichen, woran sich nur immer die „Spitzen der Behörden" und einige andre angesehene Herren beteiligten, entschieden wirkungsvoller und angebrachter. Außerdem aber würde manchem durch die hierbei gesprochenen Worte — darum handelt es sich nämlich — der verloren gegangene Patriotismus wiedergegeben werden. (!!) Auch hier ist, wie es bei solchen Angelegenheiten unsern Gegnern immer geht, der Wunsch der Vater des Gedanken. Wir wünschen guten Erfolg. —

☽ **Halberstadt,** 9. Februar. (Plötzlicher Tod.) Gestern nachmittag wurde auf der Bakenstraße ein kleines 4jähriges Mädchen, die Tochter des Arbeiters Strümpel, von einem elektrischen Motorwagen überfahren und schrecklich verstümmelt. Der Tod ist kurz darauf eingetreten. Das Mädchen soll plötzlich kurz vor dem Wagen über die Schienen gelaufen sein. Wie Augenzeugen versichern, war es dem Wagenführer nicht mehr möglich, den Wagen zum Stehen zu bringen.

Halle a. S., 8. Februar. (Majestätsbeleidigungs-Prozeß.) Wegen des Artikels „Die Kaiserinsel" ist gegen den Redakteur Genossen Fette vom „Volksblatt" ein Majestätsbeleidigungs-Prozeß eingeleitet worden.

Genosse Fette ist erst kürzlich von der Anklage einer Majestätsbeleidigung freigesprochen worden. Es scheint aber, daß die Hallesche Staatsanwaltschaft der Meinung ist, sie und Genosse Fette könnten ohne ein schwebendes Majestätsbeleidigungs-Verfahren nicht existieren.

Staßfurt, 9. Februar. („Eine Stadt, die nicht feststeht.") Der von uns bereits gestern erwähnte Artikel im „Weltspiegel" hat folgenden Wortlaut:

„Deutschland ist der einzig nennenswerte Kalistaat der Welt und Staßfurt-Leopoldshall mit der Verwaltung des Kali-Syndikats ist der Mittelpunkt des Salz-Welthandels. Jährlich werden im Staßfurter Distrikt an die dreißig Millionen Doppelzentner Salze dem Erdinneren entnommen — heute allerdings auf rationelle Weise, indem in den Bergwerken starke Gesteinpfeiler stehen bleiben und außerdem die durch Abbau entstehenden Hohlräume [illegible] elastischem Material wieder gefüllt werden müssen. [illegible] nicht immer so. Der Kalibedarf in der Landwirtschaft [illegible] in der chemischen Industrie ist erst ein halbes Jahrhundert [illegible] vorher genügte zur Deckung des geringen Kalibedarfs [illegible] Salinenbetrieb. Noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts [illegible] Wasser in die erbohrten Salzlager gepumpt, um später als Sole wieder emporgehoben und verarbeitet zu werden. In der Saline wurde ihr dann der Salzgehalt entnommen. Selbstverständlich sind durch die Auslaugung der Lager Hohlräume unter der Erde entstanden, von deren Lage und Ausdehnung kein Mensch eine Ahnung hat, da sie leider unzugänglich sind und ihre Entdeckung dem Zufall überlassen bleibt. Die ausgespülten Höhlen gaben unter der Gewalt der auf sie lastenden Gesteinschichten nach, und füllten sich mit herniederbrechendem Erdreich und Felsen. Aber Jahrzehnte vergingen, ehe dies an der Oberfläche wahrnehmbar wurde. Erst in der letzten Zeit zeigten sich die Folgen der im Innern der Erde eingetretenen Veränderungen in wahrhaft erschreckender Weise dadurch, daß bedeutende Erdsenkungen „über Tag" [illegible] die tiefeinschneidende Veränderung im Bergwerksgebiet [illegible] Leopoldshall hervorriefen.

Nach andrer (auch solcher von Fachleuten, Red. d. „V.") Meinung wäre das Niedergehen des Erdreiches eine Folge des in früheren Jahren betriebenen sogenannten „Raubbaues". Man füllte die Hohlräume in dem bröckeligen Salzgestein nicht wieder aus, sondern holte nur soviel, wie die direkte Einsturzgefahr gestattete, heraus. Mit andern Worten, man ließ nur Gesteinpfeiler in den ausgearbeiteten Höhlungen zurück, ohne sie anderweitig künstlich gegen Einsturz zu sichern, wie dies in allen Bergwerken sonst üblich. Das Zerdrücktwerden einer dieser natürlichen Stützen hat gewöhnlich auch den Zusammenbruch der andern zur Folge, die der auf ihnen ruhenden Last nicht standzuhalten vermögen.

Es ist aber noch eine dritte Möglichkeit vorhanden. Mehrere Staßfurter Salzschächte sind bereits durch Hervordringen ungeheurer unterirdischer Quellen gänzlich unter Wasser gesetzt, „ersoffen" nennt es der Bergmann. Die Möglichkeit ist nun nicht ausgeschlossen, daß durch die oft kilometerlangen Strecken und Gänge Wasser Zutritt zu fremden Salzlagern erhalten hat, sich vollaugte und durch irgendwelche Abflüsse wieder entweichen konnte — eine innerirdische Auswaschung, deren Vorhandensein erst der Bergmann nach eingetretener Katastrophe erfährt. — Solange die Senkungen in Staßfurt-Leopoldshall auf freiem Felde außerhalb der Stadt vorkamen, war der Schaden nicht gar groß. Wenn sich auch Erdrisse zeigten, die sich nach Regengüssen mit Wasser füllten, so bedeutete das in der Regel für die Besitzer der betreffenden Ländereien keinen wesentlichen Schaden, höchstens einen Schönheitsfehler, der sich verschmerzen ließ.

In neuster Zeit beginnt es aber in der Stadt Staßfurt-Leopoldshall selbst, wacklig zu werden. Der ganze Zug einer der Hauptstraßen, der Bernburgerstraße, hat sich um über zwei Meter gesenkt. Mitten in der Stadt mußten die Tür- und Fensteröffnungen des Richterschen Eckgrundstücks vermauert werden, weil sonst die daranlehnenden Häuser, deren Türen und Fenster von einem Tag zum andern nicht mehr passen, gänzlich einstürzen würden. Ein Oberbergrat war gezwungen, seine hübsche Villa gänzlich zu verlassen, da sie ein starker Riß fast in zwei Hälften spaltete. Andre Häuser sucht man mit Hilfe eiserner Bandagen noch einige Zeit in bewohnbarem Zustand zu erhalten. Eine größere Anzahl von Bauten sind auf polizeiliche Anordnung sofort gänzlich abgetragen worden, da ihr Einsturz unvermeidlich war.

Es handelt sich vorerst um etwa zwanzig Häuser, doch ist leider gar nicht abzusehen, welcher Schaden noch entstehen kann, wenn die Senkungen im Innern der Stadt weitere Gebiete unsicher machen. Welche Schritte der Fiskus als Besitzer der Bergwerke unternehmen wird, die bedrohte Stadt vom früher oder später eintretenden gänzlichen Untergang zu retten, und in ihrer Bewohnbarkeit zu erhalten, darüber verlautet noch nichts. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Sonnabend abend versuchte ein auf dem Grubenberg in Staßfurt wohnender Arbeiter seinem Leben durch Erhängen ein Ende zu machen. Das Vorhaben wurde bemerkt, der Lebensmüde seiner gefährlichen Lage entrissen und dem Leben zurückgegeben. („St. T.") — Vorgestern morgen wurde an der Elbe bei Schönebeck der Arbeiter Grunert tot aufgefunden. —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 8. Februar 1904.

Meineid. Die erste Verhandlung der zweiten Schwurgerichtstagung richtet sich gegen den bereits 11mal vorbestraften Gelegenheitsarbeiter und Maurer Gustav Grape, geboren 1869, zu Loburg, seit lange aber hier wohnhaft. Grape ist beschuldigt, den am 27. April 1903 in der Strafsache gegen den Arbeiter Otto Rust geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugnis verletzt zu haben. Rust, ein Freund Grapes, war beschuldigt, ein neues Hamburger Zweimarkstück, das der Zimmermann Ziege im Kreise herumgezeigt hatte, unterschlagen zu haben, als es an ihn kam. Grape hatte damals zu Rust gesagt: „Behalte doch das Geld, Du kriegst doch noch 3 Mark von Ziege; nun hast Du von ihm noch 1 Mark zu fordern." Später haben die Freunde das Geld dann zusammen vertrunken, während der Geschädigte Anzeige erstattete. In dem Hauptverhandlungstermin bekundete Grape eidlich: Er sei dabei gewesen, als Rust dem Ziege in einer Destille 3 Mark geliehen, ihn auch später öfter vergeblich gemahnt habe. Der Angeklagte war geständig. Auf Grund der Verhandlung bejahten die Geschworenen die Schuldfrage, billigten aber den Strafmilderungsgrund aus § 157 des Strafgesetzbuchs zu; demgemäß erkannte der Gerichtshof auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Rust war vom Schöffengericht damals freigesprochen worden, weil ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise gefehlt habe. Hinterher hatten sich aber Rust und Grape gezankt und der erstere ging hin und ließ eine Anzeige wegen Meineids gegen seinen damaligen Schutzzeugen erstatten. —

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 8. Februar 1904.

Wegen Diebstahls war der vorbestrafte Klempnergeselle Karl Müller in Berlin, geboren 1882, vom Schöffengericht am 1. Dezember v. J. zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen. —

Wegen Diebstahls im Rückfall erhielt der Arbeiter Karl Naruhn hier, geboren 1866, 5 Monate Gefängnis. —

Mundraub. Der Maurerlehrling Wilhelm Treskow aus Stendal, geboren 1884, stahl am 30. De-

[illegible] 1903 auf dem hiesigen Wochenmarkte dem Handelsmann Wenzlau aus Zerbst einen Handkorb mit Eßwaren und vier Schlüssel. Der Dieb wurde verfolgt und ihm [illegible] wieder abgenommen. Wegen Rückfalldiebstahls angeklagt, behauptete er unwiderlegt, er habe nur seinen großen Hunger stillen wollen. Deshalb lautete das Urteil nur wegen Mundraubs auf 1 Monat Haft. —

Roheit. Der Maurer **Willi Wallstab** zu Diesdorf, geboren 1886, befand sich am 16. April 1903 auf einem Vergnügen im Hildebrandtschen Lokale und geriet mit dem Schlosser Meyer in Streit, der nicht dulden wollte, daß er mit einer dem Musikverein gehörigen Guitarre herumhantierte. Wallstab ergriff ein Bierseidel und schlug den Gegner damit auf den Kopf. Einige Zeit später trafen sie wieder auf dem Hofe zusammen und schlugen sich, wobei Wallstab dem Meyer drei Messerstiche beibrachte. Der Angeklagte wurde wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Beleidigung. Das Schöffengericht sprach am 15. Dezember 1903 den Handschuhmacher **Gustav Müller**, geboren 1875, und den Privatmann **Franz Tietz**, geboren 1838, hier, von der Anklage der Beleidigung frei. Müller ist Schriftführer, Tietz Vorsitzender des Vereins deutscher Militäreffekten-Händler und -Fabrikanten, Sektion Magdeburg. Am 14. Oktober richteten sie eine Beschwerde an das Feldartillerie-Regiment Nr. 4, worin eine Beleidigung des Regiments-Schneidermeisters Röber enthalten sein soll. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde verworfen. —

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 6. Februar 1904.

Wegen Urkundenfälschung wurde der Handelsmann **Georg Ikmann** aus Budstedt, 36 Jahre alt, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Monat wird für erlittene Untersuchungshaft angerechnet. —

Schwerer Diebstahl. Vorgeführt werden die Aschersleben er Arbeiter 1. **Gustav Fischer**, 25 Jahre alt, 2. **Richard Fischer**, 16 Jahre alt, und 3. **Otto Böstel**, 19 Jahre alt. Die Angeklagten haben in der Nacht zum 27. Dezember v. J. in Aschersleben bei dem Kutscher Ewe einen schweren Einbruchsdiebstahl verübt, wobei sie 170 Mark Geld und andre Sachen gestohlen haben. Das Urteil lautet gegen Gustav Fischer auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Richard Fischer auf 3 Monate Gefängnis. Böstel dagegen wird, weil er das gestohlene Geld vergraben hat und den Ort nicht nennen will, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Diebstahl und Hehlerei. Anfang Dezember 1903 wurden in Halberstadt mehrere Diebstähle ausgeführt. Bei dem Fuhrherrn Louis Neuhaus auf der Gröperstraße wurde Dachrinnenzinn gestohlen. Bei dem Gastwirt Sprüder auf dem Bullerberg wurde mittels Einsteigens eine Gans und ein kupferner Kessel gestohlen. Angeklagt sind wegen dieser Straftaten die Arbeiter **Heinrich Giebel**, 31 Jahre alt, **August Jack**, 35 Jahre alt, **Karl Bartel**, 42 Jahre alt, **Emil Brick**, 21 Jahre alt, ferner der Althändler **Wilhelm Glißmann** genannt Leßmann, 54 Jahre alt, und dessen Ehefrau **Minna** geb. **Stolle**, 44 Jahre alt, sämtlich aus Halberstadt. Die Ehefrau Glißmann ist ferner wegen Uebertretung in sieben Fällen angeklagt, da sie es versäumt hat, die nötigen Eintragungen in die den Trödlern vorgeschriebenen Bücher zu machen. Es wurden verurteilt: Giebel zu 6 Monaten Gefängnis, Jack zu 3 Jahren Zuchthaus, Bartel zu 4 Jahren Zuchthaus, Brick wegen Beihilfe zu 6 Wochen Gefängnis, Glißmann und Frau wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, ersterer zu 1 Jahr 3 Monaten und letztere zu 1 Jahr Zuchthaus. Wegen der Uebertretung wird diese auch noch zu 210 Mark Geldstrafe, eventuell für je 5 Mark 1 Tag Zuchthaus, verurteilt. Gegen Jack, Bartel und die Ehefrau Glißmann erkennt der Gerichtshof auch noch auf je 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. —

Diebstahl. Der Kohlenhändler **Louis Weidlich** aus Quedlinburg, 40 Jahre alt, ist geständig, im vergangenen Sommer zu Quedlinburg aus der Kratzenstreinschen Mühle 1285 Kilo Weizen gestohlen zu haben. Das Urteil lautet auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. —

Militär-Justiz.

Unteroffiziers-Späße. Aus Breslau wird berichtet: Vor dem Kriegsgericht der 11. Division stand wegen **Mißhandlung** von Untergebenen in 19 und der **vorschriftswidrigen** Behandlung in 26 Fällen der Unteroffizier August Kreidler vom Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau, ein früherer Fabrikarbeiter. Der Angeklagte wird als ein „vorzüglicher, außerordentlich pflichttreuer und gewissenhafter Unteroffizier" bezeichnet. Am 15. Oktober bekam der Unteroffizier eine Rekruten-Korporalschaft zur Ausbildung. Aus der Zeugenvernehmung ging hervor, daß der Unteroffizier die Rekruten in der Instruktion beim „Griffeklopfen", Gewehrreinigen, Turnen usw. gestoßen, geschüttelt, geohrfeigt, gepufft hat. Dem Rekruten Friga drohte er, als er einmal auf Urlaub fuhr, wenn er zurückkomme, gebe es etwas. Als in der Stube am Morgen der Wasserkrug nicht gefüllt war, ließ der Unteroffizier durch die Korporalschaft den Wasserbedarf in **Wassergläsern** auf die Stube holen. Der Vertreter der Anklage beantragte 3 Wochen Mittelarrest. Das Kriegsgericht erkannte bei Annahme von 12 Mißhandlungsfällen und 18 Fällen vorschriftswidriger Behandlung auf 15 Tage Mittelarrest. Der Unteroffizier habe gesetzlich unzulässige Mittel angewandt, und das Kriegsgericht erwarte von ihm, daß er durch die Strafe von seiner **falschen Methode** der Rekrutenausbildung abgebracht werde. —

37 weitere Fälle. Das **Leipziger** Kriegsgericht verurteilte den **Feldwebel** Krüger vom 139. Infanterieregiment wegen fortgesetzter Soldatenmißhandlungen in 37 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis und Degradation. —

Vermischte Nachrichten.

* **Gesundbeten per Telephon.** Er wird immer gemütvoller, dieser Hokuspokus. Im „Hygienischen Volksblatt" liest man: Ein bekannter **Frauenarzt in Berlin** wird zu einer jungen Frau gerufen, der er bereits einmal als Geburtshelfer beigestanden hat. Von der Mutter der Dame wird ihm mit Bedauern mitgeteilt, daß er zu früh alarmiert sei. Nach einigen Stunden wiederholt sich dasselbe Spiel. Nun reißt ihm die Geduld. Eingeschüchtert durch sein ernstes Auftreten, erhält er endlich Einlaß ins Krankenzimmer. Er findet die junge Frau bereits in sehr geschwächtem Zustande, ein operativer Eingriff beseitigt die Gefahr, und alles geht glücklich vorbei. Der Arzt, dem die Geschichte sonderbar vorkam, versucht Aufklärung zu erlangen und erfährt folgendes: Der Gatte der jungen Mutter weilt in Hannover, von wo er sich telephonisch mit seiner Privatwohnung in Berlin verbinden ließ und seine Schwiegermutter beschwor, keine ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, da er in Hannover seine Gattin und den zu erwartenden Sprößling **gesundbeten lasse.** (!) —

* **Die „Privilegien" der Reichstagsabgeordneten.** Unsre Reichsboten — so schreibt jemand der „Schlesischen Zeitung" — erfreuen sich verschiedener Privilegien, wenn man auch bisher sich nicht dazu verstehen konnte, ihnen „Diäten" zu bewilligen. Um den Abgeordneten den Verkehr mit der Post möglichst bequem zu machen, hat man im Reichstagsgebäude ein besonderes **Reichstagspostamt** eingerichtet. Einem Oberpostsekretär als Vorsteher, sechs Beamten und vier Unterbeamten ist das postalische Wohl der Abgeordneten anvertraut. Das Postamt besteht aus drei Räumen, die im Haupt-, Zwischen- und Erdgeschoß zweckmäßig verteilt und der Post unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden sind. Alle Arten von Postsendungen können aufgeliefert und abgeholt werden; an Abgeordnete, die nicht selbst abholen, erfolgt die Bestellung in den Räumen des Reichstagsgebäudes. Dies ist nicht so einfach, da manche Abgeordnete zeitweise abwesend sind, oder verschieden, vormittags oder nachmittags, Sitzung haben. Gewöhnlich wird zuerst die Korrespondenz für die Mitglieder von Kommissionen und Fraktionen, die vormittags Sitzung haben, herausgesucht. Diese Briefschaften werden sogleich in die Sitzungszimmer bestellt. Dann muß bis zum Beginn der Plenarsitzung von Stunde zu Stunde festgestellt werden, welche Abgeordnete sich im Gebäude befinden. Der bestellende Bote durcheilt manchmal erst den Lesesaal, den Sprechsaal, die Bücherei und schließlich die behaglich eingerichtete Restauration, um noch vor Beginn der Plenarsitzung die Postsachen los zu werden. Drucksachen und andre nicht eilige Postsendungen werden einfach in die Schreibfächer der Sitzplätze der Abgeordneten gelegt. Eine umfangreiche Arbeit erwächst dem Reichstagspostamt durch das Nachsenden der Postsachen, die bald in die Heimat oder in die gemietete Wohnung in Berlin geschickt oder sonst an einem andern Orte für den Abgeordneten niedergelegt werden müssen. Nicht gering ist ferner die Zahl der kostenfrei überwiesenen Zeitungen, die bei dem Postamt eingehen; zum größten Teil wandern sie in den Lesesaal, wo der Abgeordnete Gelegenheit hat, aus etwa 450 verschiedenen in- und ausländischen Zeitungen sein politisches Wissen zu vergrößern. Dazu kommen noch 400 Zeitschriften aus allen Gebieten von Kunst und Wissenschaft. Nur die wenigsten Reichsboten haben wohl Zeit und Gelegenheit, diesem ungeheuren Lesematerial ihre Zeit widmen zu können, die meisten suchen sich ihr „Partei-", ihr „Leib-" oder ihr „Heimatsblatt" heraus, um einige Augenblicke darin zu lesen. Naturgemäß ist der Telegrammverkehr sehr stark, einerseits sendet das Reichstagsbureau manchmal zahlreiche Telegramme ab, wenn es sich bei wichtigen Verhandlungen um die Herbeirufung von abwesenden Abgeordneten handelt, anderseits sind die Vertreter der Presse, deren Zahl etwa 100 beträgt, die besten Kunden des Reichstagspostamts. Dazu tritt der Privatdepeschenverkehr der Abgeordneten, der ebenfalls nicht unerheblich ist, da manche Reichsboten täglich telegraphische Dispositionen nach Hause zu senden haben. Die etatsmäßige Einnahme im Jahre 1902 mit 326 Verkehrstagen betrug 54 297 Mark. —

Kleine Chronik.

Massenvergiftungen durch Branntwein.

In **Lugos** (Ungarn) und den umliegenden Ortschaften erkrankten über hundert Personen unter Vergiftungserscheinungen. Einige sind schon gestorben, andre schweben in Lebensgefahr. Aus der Untersuchung geht hervor, daß alle jene Personen große Mengen Blei enthaltenden Branntwein getrunken hatten. Die Produzenten hatten, um dem Branntwein einen stärkeren Geschmack zu geben, die Destillationskessel mit einer Bleischicht ausgekleidet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. — th.

Diebische Pfaffen.

Zu **Camerino** in Italien wurde der Kapellan Settimio **Marsili** wegen Diebstahls und Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; unter andern wurde ihm zur Last gelegt, verschiedene Grabmäler von dem Friedhofe entfernt und verkauft zu haben. — Don Bruno Macri, Stadtpfarrer von Bovalino Superiore, der von jeher zum öffentlichen Skandal mit Konkubinen zusammen hauste, lieferte neuerdings weitere Beweise seiner Tugenden. In seiner Eigenschaft als Mitglied eines frommen Instituts stahl er aus der Kasse mehrere hundert Frank. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet. — th.

Literarisches.

Die württembergische Steuerreform und die Sozialdemokratie. Unter diesem Titel erschien soeben im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart eine vom Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs herausgegebene Broschüre, die das Wesen und die Entstehung der im Vorjahr zum Abschluß gekommenen württembergischen Steuerreform kritisch beleuchtet. In der Broschüre wird insbesondere gezeigt, wie die Steuerreform zum Prüfstein der Volksfreundlichkeit der politischen Parteien Württembergs wurde und sie zwang, sich zu demaskieren. Durch die einfache Gegenüberstellung von Worten und Taten der bürgerlichen, demokratisch schillernden Parteien — Zentrum und Deutsche Volkspartei — wird das Blendwerk volksfreundlicher Phrasen in sein Nichts aufgelöst; dem einmütigen Eintreten aller bürgerlichen Parteien für die volkstümliche Forderung der progressiven Einkommen- und Vermögensteuer in ihren Wahlprogrammen im Jahre 1895 wird gegenübergestellt das stückweise Preisgeben dieser Forderung bei den entscheidenden Verhandlungen im Landtag, wo nur die Sozialdemokratie ohne Winkelzüge und Konzessionen die Interessen der breiten Volksmassen vertrat. In einer Reihe von Einzelfragen wird das volksfeindliche, plutokratische Verhalten von Volkspartei, Zentrum und Deutscher Partei nachgewiesen. Es wird gezeigt, wie gerade die großen Kapitaleinkommen in Württemberg auch nach Durchführung der „Reform" weit mehr geschont bleiben als in vielen andern Bundesstaaten, die, wie z. B. Sachsen und Preußen, vor dem Verdacht eines „demokratischen" Geistes der Gesetzgebung gewiß geschützt sind.

So ist die Broschüre besser als theoretische Auseinandersetzungen geeignet, auch außerhalb Württembergs Illusionen über den Wert und die Charakterstärke des bürgerlichen Liberalismus zu zerstören, der sich in dem konkreten Falle der württembergischen Steuerreform wiederum als brüchig erwiesen hat. —

Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3 Mark, das einzelne Heft 60 Pfennig.) — Erschienen ist das erste Februarheft. —

Vereine und Versammlungen.

Schuhmacher.

Am Montag, 1. Februar, tagte im „Bürgerhaus" die Mitglieder-Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Magdeburg. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom vierten Quartal 1903. Danach hatte die Vereinskasse eine Gesamteinnahme von 869,70 Mark bei einer Gesamtausgabe von 866,55 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 3,15 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 168. In diesem Quartal mußten 12 Mitglieder ausgeschlossen werden wegen Restierens der Beiträge. Die Krankenzuschußkasse hatte eine Einnahme von 85,68 Mark und eine Ausgabe von 2,29 Mark, bleibt ein Kassenbestand von 83,39 Mark. Die Mitgliederzahl betrug 22. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 168,30 Mark und eine Ausgabe von 176,20 Mark, bleibt ein Defizit von 7,90 Mark. Der Vorsitzende gab hierauf den Jahresbericht. Danach haben in diesem Jahre 15 öffentliche und 17 Mitgliederversammlungen getagt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung (Vorschlagswahl der Ortsverwaltung) wurden die Kollegen **Roth** als erster Vorsitzender, **Schröter** als Kassierer, **Eichholz** als Schriftführer und **Lönnig** und **Heine** als Revisoren gewählt. Da Kollege Schneider sein Amt als Ausschußmitglied niedergelegt hat, wurde an dessen Stelle der Kollege Schröter gewählt. Zum Kartelldelegierten wurde Kollege **Schilling** wiedergewählt. —

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf., die vorher zu bezahlen sind.

Gr.-Ottersleben. **Gesangverein „Konkordia".** Jeden Mittwoch Uebungsstunde bei F. Strumpf.

Briefkasten.

Diesdorf. Ob und welche Zeugen in Prozessen zu vernehmen sind, darüber befindet das Gericht nach freiem Ermessen. Gewöhnlich wird die Vernehmung von der Wichtigkeit der von den Zeugen zu bekundenden Tatsachen abhängen. Werden Zeugenvernehmungen abgelehnt, so kann der diesbezügliche Antrag in der nächsten Instanz wiederholt werden. —

Streitende in Aschersleben. Zunächst: Friede sei mit euch! Jeder Soldat kann in Deutschland nicht nur Feldwebel, sondern sogar Offizier werden, ohne daß er auf der Unteroffizierschule gewesen zu sein braucht. —

K. B., Neustadt. Ein Mieter ist nicht verpflichtet, das Aufstellen eines Gerüstes 2c. zum Zwecke der Reparatur des Hauses von seinem Zimmer aus zu dulden. —

F. W., Quedlinburg. Darüber hat der Lehrer zu befinden. Der Lehrling kann das Zigarettenrauchen bleiben lassen und Sie sollten für die Wichtigkeit unsrer Zeitung mehr Verständnis haben. —

Müller. Die weitere Beschwerde ist unstatthaft und wird deshalb vom Reichsgericht verworfen. Ob das Urteil rechtskräftig ist, können wir nicht sagen, weil Sie nicht angeben, ob und wann Ihnen das Urteil vom Gegner durch den Gerichtsvollzieher zugestellt worden ist. Die Berufungsfrist beträgt vom Tage der Zustellung einen Monat. Ist diese Frist bereits verstrichen, so müßte durch einen beim Landgericht Naumburg zugelassenen Anwalt sofort „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand" beantragt werden. Zur Sache selbst können wir uns ebenfalls nicht äußern ohne Einsicht in die Akten. Es war ein Fehler, daß die Mutter mitgeklagt hat. Wäre dies unterblieben, so konnte sie Zeugin sein. Sie mußten sich früher Rat holen und dann handeln. Ein Arbeitersekretariat tut allerorten not. Jedenfalls muß sofort Berufung eingelegt werden durch einen Anwalt, den Sie auf Ihre Kosten annehmen müssen. Ein Vorschuß von 20 bis 30 Mark wird genügen.

A. B. C. Soweit wir unterrichtet sind, braucht ein Gemeindevertreter nur 24 Jahre alt zu sein. (§ 41 Abs. 5 Land-Gem.-Ordn.) Der Kommentar von Brauchitsch zur Land-Gem.-Ordn. sagt über diese Frage nichts. —

Alte Neustadt. Wird gelegentlich gebracht. —

E. R. und Luise R. Emil Rosenow war bis 1903 das jüngste Reichstagsmitglied. Jetzt ist es **Erzberger** (Ztr.), der am 20. September 1875 geboren ist. Das jüngste Fraktionsmitglied blieb er jedoch bis zu seinem Tode. —

Militarismus. Für den Unterhalt des Kindes hat in erster Linie der Vater zu sorgen. Da er dazu wegen des Militärdienstes außerstande ist, so hat den Unterhalt die Mutter zu bestreiten. Kann sie dies nicht (aus Gründen die Sie nicht angeben), so müssen die beiden Großeltern zu gleichen Teilen beisteuern. Sind auch diese dazu unvermögend, so muß die Armenbehörde in Anspruch genommen werden.

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

Elbe.					Fall	Wuhr
Pardubitz	6. Febr.	+ 0.15	7. Febr.	+ 0.60	—	0.45
Brandeis	„	+ 0.04	„	+ 0.35	—	0.31
Melnik	„	— 0.28	„	— 0.02	—	0.25
Leitmeritz	„	— 0.22	„	— 0.16	—	0.06
Aussig	7. „	+ 0.00	8. „	+ 0.31	—	0.26
Dresden	„	— 1.22	„	— 1.18	—	0.04
Torgau	„	+ 0.75	„	+ 0.85	—	0.10
Wittenberg	„	—	„	+ 1.56	—	—
Roßlau	„	+ 0.84	„	+ 0.95	—	0.11
Barby	„	+ 1.34	„	+ 1.42	—	0.08
Schönebeck	„	+ 0.92	„	+ 1.08	—	0.16
Magdeburg	8. „	+ 1.16	9. „	+ 1.25	—	0.09
Tangermünde	7. „	+ 1.63	8. „	+ 1.82	—	0.19
Wittenberge	„	+ 1.37	„	+ 1.43	—	0.06
Broda-Dömitz	„	+ 0.86	„	+ 0.87	—	0.01
Lauenburg	„	+ 0.01	„	+ 1.03	—	0.02

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag den 11. Febr., abends 8½ Uhr, Sitzung in der „Bürgerhalle", Knochenhauerufer-straße 27/28. — Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Sekretärs. 2. Die am 24. Januar stattgefundene Arbeitslosenzählung. 3. Jahresbericht des Vorstandes und des Sekretärs. 4. Wahl der Kassenrevisoren. 5. Antrag des Vorstandes, das Gewerkschafts-Sekretariat an das Fernsprechnetz anzuschließen. 6. Verschiedenes. —

Aus dem Geschäftsverkehr.

(Unter dieser Rubrik kostet die Zeile 50 Pfg.)

Wo Kathreiners Malzkaffee

tagtäglich auf dem Frühstückstische dampft, da werden die schlimmen Gäste: **Herzklopfen, Nervenaufregung** und **Magenschwäche** bald verschwinden und an ihrer Stelle die willkommenen Freunde: **Gesundheit, Ruhe** und **Heiterkeit** einkehren. 1986

Holland

liegt folgende Meldung vor:

Im Falle eines russisch-japanischen Krieges wird die holländische Regierung sowohl für die Niederlande wie für Niederländisch-Indien strikteste Neutralität erklären, besonders weil im indischen Archipel mehrere Kohlendepots sich befinden, die auf dem Wege liegen, den die Flotten der kriegsführenden Mächte zu nehmen hätten. Der aus Surinam zurückgekehrte Kreuzer „de Ruyter“ wird Befehl erhalten, nach Indien zu gehen zum Schutze der Neutralität der Niederlande.

Für die englische Regierung und ihre Stimmung ist, wie hier angeführt sein mag, bezeichnend, daß sie gerade in diesen kritischen Tagen die amtlichen Depeschen veröffentlicht, die sie mit Rußland über Tibet gewechselt hat. Die Noten sprechen durch die Bank eine deutlich-grobe Sprache und verhehlen nicht die feindseligen Empfindungen, die die Engländer über das russische Vordringen beherrschen. Es kommt dort z. B. der folgende Satz vor:

Lord Lansdowne entgegnete, es scheine ihm äußerst sonderbar, daß diese Einsprüche von einer Macht (Rußland) erhoben würden, die auf der ganzen Welt niemals gezögert habe, in die Rechte ihrer Nachbarn einzugreifen, wenn die Umstände das zu erfordern schienen. Wenn die russische Regierung ein Recht habe, sich darüber zu beklagen, daß Großbritannien Schritte tue, um durch Eindringen in tibetanisches Gebiet Ersatz von den Tibetanern zu erlangen, zu welcher Sprache würde dann nicht Großbritannien berechtigt sein angesichts der russischen Uebergriffe in der Mandschurei, in Turkestan und in Persien?

Die Veröffentlichung gerade zu dieser Stunde zeigt den Machthabern an der Newa, mit welchen Plänen und Absichten England die kriegerische Entwicklung in Ostasien verfolgt.

Letzte Nachrichten.

Hd. London, 9. Februar. „Morning Leader“ meldet aus Tientsin: Russische Truppen sind in Kalgan (Provinz Petschili) eingetroffen, an der Großen Mauer 100 Kilometer von Peking entfernt. Die Nachricht hat in Peking große Aufregung hervorgerufen, chinesische Truppen wurden in aller Eile zur Beobachtung nach jener Gegend dirigiert. —

Hd. London, 9. Februar. Im hiesigen Army and Navy Club ist ein Gerücht verbreitet, daß das in den ostindischen Gewässern befindliche englische Geschwader das chinesische Geschwader verstärken werde und daß in Südafrika 5000 Mann britischer Truppen provisorisch Order zur Abfahrt nach Kolombo und Singapore und sofortiger Bereitschaft zum Dienst im Norden erhalten haben. Aus den von der Admiralität unternommenen Schritten geht hervor, daß die englische Regierung alle nötigen Vorkehrungen für eine Mobilisation der Flottenreserven trifft. Kurz nach dem gestrigen Kabinettsrat hatte der russische Botschafter eine längere Konferenz mit Lord Lansdowne.

Der „St. James Gazette“ wird aus Tokio telegraphiert: Japan sandte den Mächten eine Zirkularnote, worin es das Scheitern der Verhandlungen mit Rußland anzeigt. In Tokio erwartet man die Proklamation des Kriegszustandes, alle vorhandenen Arbeiter würden für den Bau von Baracken für die Reserven außerhalb des Weichbildes von Tokio aufgeboten. Ein militärisches Postedikt wurde erlassen. Japan dürfte ohne formelle Kriegserklärung vorgehen, auf der Basis des Schutzes seiner Interessen. —

Hd. London, 9. Februar. Die englische Admiralität fährt fort, die Marine kriegsbereit zu machen. Die ersten Schlachten auf dem Kriegsschauplatze werden in Korea und an der Küste erwartet. Die russischen Truppen sollen bereits in Korea eingerückt sein. Alle Schritte Japans in dem Konflikte mit Rußland sind vorher England unterbreitet und von Balfour gutgeheißen worden. Durch alarmierende Gerüchte vom Balkan wird die Stimmung noch nervöser, da man auch dort einen Krieg vorhersagt. Die Veröffentlichung des Blaubuchs über Tibet veranlaßt alle Zeitungen zu scharfen Artikeln gegen Rußland, dem man ein Intrigenspiel vorwirft.

Hd. Port Arthur, 9. Februar. Warentransporte werden von der Mandschurischen Bahn nicht mehr angenommen; infolgedessen ist die russisch-chinesische Bank aufgefordert worden, Kredite an Privatpersonen einzustellen. Die russischen Kriegsschiffe treffen Maßregeln, um für einen Angriff seitens der japanischen Flotte geschützt zu sein. Die Kohlenvorräte sind eingenommen. Angesichts der ungenügenden Lebensmittel-Vorräte haben die Preise in kurzer Frist eine ungeahnte Höhe erreicht. Eine Anzahl Warenhäuser haben ihre Geschäftslokale geschlossen, die Eigentümer verlassen Port Arthur. Die hier ansässigen Japaner verlassen schleunigst die Stadt. Bisher ist alles ruhig. —

Aus der Parteibewegung.

Ueber Emil Rosenow, den so früh von uns Geschiedenen, bringt ein Teil der Parteipresse bereits warme Nachrufe, die als ein sprechender Beweis gelten von der Beliebtheit, deren sich der jugendliche Kämpfer erfreute. Im „Vorwärts“, der ihm einen Leitartikel widmet, wird noch mitgeteilt, daß unser Freund nicht am Montag, sondern schon am Sonntag, und zwar nach dreiwöchigem Leiden, verschieden ist. Ferner heißt es über ihn:

„Künstlerische Neigungen und Fähigkeiten lebten in ihm gleich stark wie die politischen. Früh keimte in ihm der Gedanke, das große Leben der modernen Arbeiterklasse auch in der Dichtung darzustellen. Er schrieb die Romane „Frühlingsstürme“ und „Die Lüge“, in deren Gestalten die sozialen Kämpfe unsrer Zeit sich spiegeln. Viele unsrer Parteiblätter gaben diese Romane wieder und machten so ihren Verfasser zu einem Vertrauten der ganzen deutschen Arbeiterschaft. ....

Unvollendet liegen in seinem Pult mancherlei Arbeiten. Zu Dreifünfteilen ist ein Buch über die Geschichte des Papsttums und der Mönchsorden, die demnächst im Vorwärts-Verlag erscheinen sollte, vollendet. Ein Drama liegt fertig, mancherlei Entwürfe harrten der vollendenden Hand. Aus der Fülle all dieser Tätigkeit ward er dahingerafft!

Wie viel Treffliches und Schönes durften wir von diesem jugendlich ragenden Manne erwarten! Es soll nicht sein. Er ist von uns gerissen.

An seiner Bahre trauert mit der jungen Witwe und dem fünfjährigen Töchterchen, das er hinterläßt, die deutsche Arbeiterschaft.

Die Chemnitzer „Volksstimme“, das Organ seines Wahlkreises, erschien gestern mit Trauerrand. In dem Nachruf heißt es unter anderm:

„Was er dem arbeitenden Volke gewesen ist, zu dem er in Hunderten von Versammlungen im ganzen Bereich unsres Blattbezirks gesprochen hat, das wissen am besten die Wähler des Kreises Zschopau-Marienberg zu schätzen, den er sich im eigentlichen Sinne des Wortes durch seine persönliche Agitation selbst erobert hat.

Er war einer der fleißigsten und beliebtesten Volksredner. Unermüdlich wanderte er in Wind und Wetter, unter sengender Sonne und im Schneegestöber im Gebirge herum, um die Saat des Sozialismus auszustreuen, und herrlich ging sie auf.“

Die Frankfurter „Volksstimme“ schreibt:

Mit ihm ist uns ein hoffnungsvolles, junges Talent geraubt, das in seiner Betätigung als Parteimann und als Dichter noch viel versprach.

Und die „Fränk. Tagespost“ in Nürnberg:

„Die Partei verliert einen wackeren Mitkämpfer, die deutsche Literatur ein vielversprechendes Talent.“

*

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch nachmittag 3 Uhr auf dem neuen Gemeindefriedhof an der Marstraße in Schöneberg bei Berlin und zwar von der Leichenhalle dieses Friedhofs aus. Auswärtige Parteigenossen seien darauf aufmerksam gemacht, daß der Friedhof gegenüber der Südringbahnstation Ebersstraße liegt.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 9. Februar 1904.

Die Polizei wird gebeten, aufzupassen.

Weil die hiesige Polizei eine längst ergangene Anordnung des Oberverwaltungsgerichts nicht beachtete, sind einem Magdeburger Einwohner äußerst viel Scherereien und Kosten erwachsen. Die letzte Sitzung dieses Gerichts brachte darüber manches Interessante zutage. Unser Berliner w.-Korrespondent berichtet uns darüber:

Der Privatier Modesky wollte seine Grundstücke in Sudenburg, Halberstädterstraße 9 und 9a, mit einer Einfriedigung versehen. Die städtische Polizeiverwaltung genehmigte die Errichtung einer Einfriedigung nur für einen Teil der Grundstücke und verweigerte die Erteilung des beantragten weiter gehenden Konsenses mit einer Begründung, in der gesagt wurde: „Die übrigen Flächenabschnitte, welche Sie noch einfriedigen wollen, sind teils von der Stadt als ihr Eigentum in Anspruch genommen, teils erachtet das königliche Polizeipräsidium als Wegepolizei sie als solche, welche sowohl im Interesse des öffentlichen Verkehrs, als auch zur besseren Abrundung der Straßenecke freigelassen werden müssen.“ M. legte Einspruch beim Polizeipräsidium ein und klagte auch gegen die städtische Baupolizei-Verwaltung.

Das Polizeipräsidium erachtete einen Beschluß gemäß § 56 des Zuständigkeitsgesetzes nicht für tunlich, weil eine entsprechende Anordnung der Wegepolizeibehörde noch nicht ergangen sei. Mit andern Worten: Das Polizeipräsidium bestritt als noch nicht geschehen, was bezüglich seiner als Wegepolizei die städtische Baupolizei-Verwaltung in ihrer Konsensverfügung behauptet hatte.

Die Klage beim Bezirksausschuß Magdeburg hatte Erfolg. Der Bezirksausschuß hob die Verfügung auf, soweit M. die Genehmigung zur Errichtung der beantragten Einfriedigung versagt worden war. Den Konsens erteilen kann der Verwaltungsrichter natürlich nicht.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte gestern als Berufungsinstanz die Vorentscheidung und ging dabei von folgenden Erwägungen aus: Einmal entbehre die Verfügung der erforderlichen Bestimmtheit, denn sie lasse nicht erkennen, welches das angeblich städtische Terrain sein solle und welches von der Wegepolizei gemeint wäre. Aber auch materiell fehlten ihr die rechtlichen Stützen. Wenn gesagt sei, die Einzäunung eines Teils könne nicht gestattet werden, weil es städtisches Terrain sei, so sei dies ganz hinfällig, denn zweifellos dürfe das Privateigentum der Stadt nicht polizeilich geschützt werden durch Versagung der Baukonzession. Dann berufe sich die Verfügung auf die Inanspruchnahme des andern Teils durch die Wegepolizeibehörde. Nun habe aber das Polizeipräsidium, indem es M.s Einspruch zurückwies, ja erklärt, daß es solche Anordnung noch gar nicht erlassen habe. Damit falle auch diese Stütze der Verfügung (der Verweigerung des baupolizeilichen Konsenses) fort. Die Aufhebung der Verfügung sei deshalb gerechtfertigt. — Präsident Wenzel bemerkte noch, der Kläger werde von neuem einkommen müssen und Sache der Polizei werde es sein, von der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts (sie ist schon in einem Vorprozeß ausgesprochen worden) nun endlich einmal Notiz zu nehmen!

Es ist bekanntlich nicht das erstemal, daß die Magdeburger Polizei eine derartige „Nase“ einstecken muß. Vielleicht hilft die doppelte Mahnung des Richters — wenigstens für spätere Fälle. —

— **Zum hundertjährigen Bestehen der Ergangschen Fabrik** wird uns folgendes geschrieben: Die Jubiläumsfeier, welche zuerst im Januar, dann am 7. Februar stattfinden sollte, ist jetzt auf eine noch spätere Zeit verschoben worden. Das bestätigt unsre Annahme, daß Herr Ergang selbst gern ohne großen Rummel über die Sache hinweggehen würde, wenn nicht einzelne der Arbeiter wieder in unverantwortlicher Weise vorgegangen wären. Was wird die Folge sein? Herr Ergang wird beim Durchsehen der Liste sich sagen, daß Leute, die für solche Zwecke noch 2 und 3 Mark von ihrem Verdienst abgeben können, auch bequem noch einen Abzug am Lohn vertragen können. Jedenfalls wird eine Zulage nunmehr um so schwerer zu erreichen sein, und wie notwendig wäre sie hier. Die Zeichner auf der Liste glauben allerdings, daß sie dadurch nach oben besser angeschrieben werden und lassen unverhohlen erkennen, daß sie sich für das gezeichnete Geld schon schadlos halten werden am Abend des Jubiläums. Das ist es aber gerade, was nicht nur Herr Ergang fürchtet, sondern auch die Arbeiter, welche wünschen, daß der Respekt des Arbeitgebers und der Vorgesetzten gegenüber dem Arbeiter größer werde, daß die gegenseitige Achtung wachse. Das vorige Jubiläum hat uns Szenen gezeigt, von denen wir wünschen, daß sie sich nicht wiederholen. Deshalb hat eine große Zahl der Arbeiter es abgelehnt, sich an der Zeichnung zu beteiligen. Sie wollen durch ihre Arbeit zeigen, daß sie leistungsfähig und dadurch berechtigt sind, einen anständigen Verdienst und Behandlung zu erhalten; nicht aber durch die oben angeführte Art und Weise, die nur zur Verachtung der Arbeiter führt und als Resultat eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bringt. —

— **Opfer der kapitalistischen „Ordnung“.** Der Vorstand des Samariterhauses in Cracau hat soeben eine „Statistik über das **Krüppelelend** in der Provinz Sachsen“ herausgegeben, die in ihrer Wirkung einfach erschütternd ist. Danach wurden nicht weniger denn 1512 Krüppelkinder gezählt. Wir kommen morgen ausführlich darauf zurück. —

— **In Russenfreundschaft** macht der Kartell-Stein seit Ausbruch des Konflikts zwischen Japan und Rußland. Er schreibt:

„Die Friedensliebe Rußlands ist durch die japanischen Forderungen erschöpft.“

Will der „Prokurist des Kartells“ etwa russischer Hof-Reporter werden? —

— **Eine Bettelei**, die für die Väterchen [illegible] schmeichelhaft ist, unternehmen heute einige Personen, die im „C.-A.“ folgendes veröffentlichen:

„Der Kanonier, der am 27. Januar beim Salutschießen zur Feier des Kaisergeburtstages seinen Arm verloren hat, ist nicht gestorben, sondern befindet sich auf dem Wege der Besserung im Garnisonlazarett. Ein wohltätiger Herr (Holländer) hat sofort aus Oldenburg resp. Amsterdam ein Geldgeschenk von 140 Mark geschickt. Wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß sich nun auch deutsche Hände mildtätig für den armen Mann öffnen.“

Wird sich denn das „dankbare Vaterland“ nicht für den Aermsten verwenden? —

Schon wieder eine ganze Stadt in Flammen!

In wenigen Stunden ist ähnlich wie in Aalesund aus dem blühenden Baltimore (der Hauptstadt von Maryland in Nordamerika) fast ein Aschenhaufen geworden. Seit dem großen Brande von Chicago im Jahre 1871 ist in den Vereinigten Staaten keine solche Feuersbrunst mehr erlebt worden als diejenige, von der jetzt Baltimore heimgesucht ist, und die noch ungeschwächt fortdauert. Die Gebäude, die zerstört sind, bedeckten zusammen 60 Acres Land. Das Zollhaus, Bank- und Theatergebäude, sämtliche Zeitungsdruckereien und viele Warenspeicher sind dem Feuer völlig zum Opfer gefallen. Auch das Stadthaus steht in hellen Flammen. Sonderzüge brachten die Feuerwehren von Washington, Philadelphia, New-York und andern Städten her. Doch sind alle Bemühungen gegenüber dem wütenden Feuermeer vergeblich, das gleich einer Flutwoge von zweihundert Fuß Höhe die Straßen entlang fegt, an den himmelhohen Wolkenkratzern hinaufleckt und sie gleich Streichholzschachteln verzehrt. Gestern früh 1/2 7 Uhr sprang der Wind um und trieb die Flammen der Wasserseite der Stadt entlang, so daß jetzt auch deren südöstlicher Teil bedroht ist. — Der Umfang der Brandkatastrophe läßt sich aus folgender Liste der niedergebrannten Getreide- und Handelsstätten erkennen, die ein Kabeltelegramm aus Baltimore übermittelt:

Unter den bei dem Brande niedergebrannten Gebäuden befinden sich das Rathaus, mehrere Gerichtsgebäude, das Hauptgebäude der Baltimore-Ohio-Bahn, das Postamt, das Western-Union-Telegraphenamt, das Theater in der Holydaystraße, die Geschäftshäuser des Kontinental-Trust, des Guardian-Trust, des Merkantile-Trust, der National-Exchange-Bank, ferner der Equitable-Palast, die Bank of Baltimore, das Haus des International-Trust, das Carrollton-Hotel, Junkers Hotel, das Haus der Associated Preß und Dutzende von Riesen-Geschäftshäusern. In der Hannover-Street sind 150 Fässer Whisky explodiert.

Seit dem gestrigen Vormittag droht das Feuer sich auch auf den östlichen Stadtteil auszudehnen; die Bevölkerung flieht aus diesem Stadtteil. 400 Schläuche erweisen sich gegenüber dem Flammenmeer als machtlos. Das städtische Hospital mußte seine Patienten, darunter 17 verletzte Feuerwehrleute, anderswo unterbringen; auch die Entbindungsanstalt wurde geräumt. Bisher sind etwa 600 Gebäude von der Feuersbrunst zerstört. Der Schaden wird auf 75 Millionen Dollar geschätzt. Wenn das Wohnviertel der Stadt von den Flammen ergriffen wird, ist das Ende unabsehbar. Zahlreiche Wagen schaffen die Habseligkeiten aus dem Judenviertel fort.

Ein weiteres Kabeltelegramm meldet: Eine Anzahl Holzplätze in der Nähe von O'Donnells Werft sind vom Feuer zerstört worden. Da keine elektrische Kraft vorhanden ist, verkehren keine Straßenbahnwagen. Tonnen Dynamits wurden angewandt, um die Brücken zu sprengen und dadurch die Flammen an der Weiterverbreitung zu hindern, der starke Wind wehte jedoch Funken über den trennenden Zwischenraum. Man glaubt, daß das Feuer jetzt zum Stehen gekommen ist.

Ueber den Stand des Feuers erhalten wir noch folgende Telegramme:

New-York, 9. Februar. In Baltimore ist man des Brandes noch nicht Herr geworden, da die Flammen über das als Jones-Fall bekannte Gewässer überspringen. Indessen ist die Hauptgefahr vorbei. Der Gesamtschaden wird jetzt auf 200 Millionen Dollar geschätzt. Die Maryländer gesetzgebende Körperschaft ist einberufen worden. Die Gesamtzahl der verbrannten Gebäude beträgt zirka 1000, darunter alle größeren Geschäfte. Das feine Wohnungsviertel ist verschont geblieben, indessen sind die Altstadt und das angrenzende Negerviertel schwer betroffen. Das Gerichtsgebäude, das Postamt und das Rathaus sind erhalten geblieben. Die Versicherungsgesellschaften erleiden einen Verlust von 30 Millionen Dollar. —

Baltimore, 9. Februar. Fast die ganze Stadt ist zerstört, der Schaden wird nunmehr auf über 200 Millionen Dollar (850 Millionen Mark) geschätzt. —

New-York, 9. Februar. Der Stadtbrand in Baltimore wird jetzt, nachdem er 24 Stunden gewütet hat, von der Feuerwehr beherrscht. Der plötzlich umgeschlagene Wind rettete das Rathaus und die Post. Die Ursache des Feuers ist unbekannt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 9. Februar 1904.

Betrug. Der vorbestrafte Mechaniker Oskar Gerstenberger aus Rottluff, geboren 1872, kaufte am 3. August 1903 von dem Händler Barbeine hier ein Fahrrad für 165 Mark unter der Abmachung, daß Gerstenberger auf der Radbahn lerne und dann den Kaufpreis sofort bar zahle. Am folgenden Tage verschwand er mit dem Rade, versetzte es für 40 Mark und verkaufte den Pfandschein für 14 Mark. Die Kammer erkannte wegen Rückfallbetrugs einschließlich einer Vorstrafe von einem Jahre Gefängnis auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe ev. weitere 20 Tage Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Eisleben, 9. Februar. Heftige Erderschütterungen fanden hier am Freitag abend 9½ Uhr und 1 Uhr nachts statt. Die Stöße erstreckten sich durch die Hohetorstraße, Obere Anhaltstraße, Katharinenstraße, Mittelreihe, Grüner Weg und Kreisfeldergasse. Die Lokalpresse schweigt die unangenehme Sache wieder einmal vollständig tot. Die Gewerkschaft erlaubt ihren Handlangern nicht, etwas zu schreiben, was ihr unangenehm sein könnte. —

Hermann Ohlrogge

Tuch-Versandhaus Norddeutschland

Himmelreichstrasse 23, part., 1. und 2. Etage

Eröffnung der neuen Verkaufsräume

am Mittwoch den 10. Februar. 87

Hustenleidender

nehme die hustenstillenden und wohlschmeckenden

2002 **Kaiser's Brust-Caramellen.**

2740 not. begl. Zeugn. beweisen, wie bewährt u. von sicherem Erfolg solche bei **Husten, Heiserkeit, Katarrh** u. **Verschleimung** sind. Dafür Angebotenes weise zurück. Paket 25 Pf. Niederlage bei:

Adolfstraße 40, O. Zummwinkel
Altemarkt 23, Dr. O. Krause
Annastr. 47, Wst., C. Freitag
Arndtstr. 41, Wst., M. Grundmann
Bahnhofstraße 31, H. Schmidt
Breiteweg 188, H. Eger
Breiteweg 195, M. Kniese
Breiteweg 249, A. Musche
Breiteweg 265, A. Loeschbart
Brückstraße 6, G. Heinemann
Brüderstr. 12, N., Ad. Frobel
Ebendorferstraße 43, W. Hölper
Gr. Diesdorferstraße 11, Wst., P. Balke
Gr. Diesdorferstraße 227, Wst., H. Sens
Gr. Münzstraße 11, H. Wiegand
Halberstädterstraße 41, S., R. Zimmermann
Halberstädterstr. 71, S., A. Müller
Holzpfortestr. 51, N., M. Schmidt
Jakobstraße 6, M. Ernstding
Jakobstraße 16, G. Hubert
Johannisbergstr. 6, P. Frick
Johannisbergstr. 8, H. Wagner
Kaiserstraße 76a, F. Lentz
Langeweg 58, S., C. Arndt
Lüneburgerstr. 27, N., Mückenheim & Co. Nachf.
Lüneburgerstr. 31, N., G. Graf
Lüneburgerstr. 101, N., F. Paul
Mittelstraße 1, Gr. Werder, C. Beck
Neustädterstr. 25b, G. Hackel
Olvenstedterstr. 47, P. Gottschalk
Olvenstedterstr. 65, A. Woysky
Prälatenstr. 25/26, L. Hofmann
Peter Paulstr. 8, J. Matthes
Regierungsstr. 23, A. Rehm
Schenkendorfstraße 23, Wst., Marie Markgraf
Schöningerstr. 52, S., H. Zinke
Schmidtstraße 15, G. Wehmeyer
Stephansbrücke 5, A. Freye
Tischlerbrücke 14, W. Lamm jr.
Buckau, A. Hannker Nachf.
Buckau, Feldstr. 16, E. Börner
Buckau, Schönebeckerstraße 109, C. F. Sann
Buckau, Wanzlebenerstraße 2 (Insel), A. Groebler
Barleben, Hch. Schröder
Diesdorf, O. Präger
Westerhüsen, E. Rattloff
Wolmirstedt, J. F. Könnecke

Für Kranke pass.:

Kleiderschrank **30** Mk., Vertiko **35** Mk., Trumeau und Konsole **39** Mk., Sofatisch **17** Mk., eleg. Plüschsofa **55** Mk., 4 Walzenstühle à **6** Mk., 2 gediegene Bettstellen mit Matratzen à **33** Mk., Küchenschrank **22** Mk., Anrichte **20** Mk., Küchentisch **8** Mk. und 2 Stühle **2½** Mk. Die **Möbel sind neu**, werden **frei transportiert** und können ev. bis **Ostern frei** lagern.

Katharinenstraße 8.

2084 **Ketten! Ketten!**

billig in nur bewährten Qualitäten. **Adolf Behle,** Himmelreichstr. 17. Annahme von altem Gold u. Silber.

Gegenstände

aller Art sowie ganze **Warenlager** werden zur öffentlichen **Versteigerung** jederzeit angenommen. Abrechnung sof.

Berthold Wolff
Auktionator 2113
Schwertfegerstraße 14.

Große Posten

Schuhwaren

aller Art, für **Herren, Damen u. Kinder** sowie

moderne Herren- u. Knaben-Garderoben

kommen täglich von morgens 8 bis abends 9 Uhr u. Sonntags von 11 bis 2 Uhr **zum Verkauf.**

B. Wolff
Schwertfegerstraße 14.

Gr.-Ottersleben

Dem geehrten Publikum von **Groß-Ottersleben** und Umgegend zur Nachricht, daß ich vom heutigen Tage ab eine

feine Massschneiderei

selbständig betreibe. Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrende Kundschaft pünktlich und reell zu bedienen. — Um gütigen Zuspruch bittet Hochachtungsvoll 899

Otto Dähne, Herrenkleidermacher
Groß-Ottersleben, Magdeburgerstraße 26.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan

ist billig bequem sparsam schont die Wäsche.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Große Münzstraße 1a.

Kostenlose Auskunft nur an Wochentagen mittags von 12—1, abends von 5—7 Uhr

an organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerbeaufsicht, Vereins- und Versammlungsrecht sowie Arbeiterschutz. Vermittlung von Beschwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert

---

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feinerem Personal **nach hier und auswärts.**

Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150—2155.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm.
Weibliche „ 10—1 „ „ „ 4—7 „ „

Männliche Abteilung: Faßlochsberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: Bei der Hauptwache Nr. 5.

Kaufen Sie

Möbel-Einrichtungen

größte Auswahl 2163

Ausnahmepreise

in den großen Läden und Möbelspeichern bei

Jakob Mook

Jakobstraße 51 am Rathaus.

„Silva"

beste 2 Pfennig-Zigarette

Ueberall zu haben.

D. Vertr. g. deutsch. Nähm. z. verg. Agb. u. L. D. 6373 R. Mosse, Leipzig.

Als ges. gepr. Leichenwäscherin empf. sich Fr. Bode, Buckau, Nordstr. 5.

Stassfurt. Versammlung der Volksvereinsfiliale am Mittwoch d. 10. Februar.

Grammophone

Platten, Ried.-Ausw., Uhren, Geldwaren, Paten- u. Gelegenheits-Geschenke stets Neuheiten. 2218

— Langjährige Garantie! —

Uhrmacher **R. Müller,**
M.-Buckau, Schönebeckerstr. 107 a.
Auf Wunsch Teilzahlung.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Hauptwache 5.

Mittwoch: Leipziger Allerlei mit Rindfleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnen mit Schweinefleisch.
Freitag: Braunkohl mit Schweinefleisch und Salzkartoffeln.
Sonnabend: Grempersuppe mit Rindfleisch.

Burg. Burg.

Sänger-Klub.

Sonnabend den 13. Februar im „Grand Salon"

Großer Maskenball

mit urkomischen Aufführungen

Saalöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. **Karten** sind bei den Mitgliedern und im Vereinslokal „Grand Salon" zu haben. — Frau Bremer ist mit guter Masken-Garderobe anwesend.

!? **Der Vorstand.**

Walhalla.

Heute 9½ Uhr:

Monsieur Bertin

Jedermann auf 2214

Bertin

gesehen haben!

Morgen zum letzten Male!

Ansichtskarten von Magdeburg

150 Sorten à 10 Pfg., 2 Stück 15 Pfg. | **50 Sorten** à 5 Pfg., 3 Stück 10 Pfg.

Zu haben in der **Buchhandlung Volksstimme.**

An der Königsbrücke gegenüber dem „Hohepfortepark"

Dompteur Charles'

Wander-Menagerie.

Wochentags 2 große Vorstellungen 5 und 8 Uhr. 2222

Im Zirkus

Metropol-Theater-Ensemble.

Nur noch bis 15. Februar.

Allabendlich 8 Uhr:

Stürmischer Lacherfolg! Stürmischer Lacherfolg!

Onkel Cohn.

Ueber tausendmal in allen Großstädten Deutschlands und Hollands dargestellt. 2236

Titelrolle: Direktor **Max Samst.**

Preise der Plätze: 35, 50, 75 Pf., 1.00, 1.50 Mk.

Mittwoch nachmittag 4 Uhr Kinder-Vorstellung.

Zur Aufführung kommt:

Der Rattenfänger von Hameln.

Preise der Plätze: 15, 25, 50, 75 Pf., 1.00 Mk.

Vorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn **Jacobs,** Ulrichsbogen.

Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind gratis einzuführen.

Aschersleben.

Mittwoch den 10. Februar 1904, abends 8½ Uhr, im Saale des **„Goldenen Anker"**

Oeffentliche Versammlung.

Vortrag des Herrn Dr. Kramer, Magdeburg

über

„War Jesus Gottes Sohn".

Freie Diskussion.

Männer und Frauen aller Berufsstände sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.
G. Mikowsky.

2257

Calbenser Konsum-Verein

E. G. m. b. H.

Sonntag den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr

Generalversammlung

im Saale der **„Reichskapelle".**

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung pro 2. Halbjahr 1903.
2. Erteilung der Decharge für den Vorstand sowie Verteilung des Reingewinns.
3. Vortrag des Jahresberichts.

Der Aufsichtsrat.
Engler, Vorsitzender.

2239

Gewerkschaftskartell Halberstadt.

Donnerstag den 11. Februar, abends 8 Uhr

Versammlung.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet 2263

Der Vorstand. J. A.: Jul. Volkmann.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 10. Februar 1904.

Theater-Konzert.

Gr.-Ottersleben. 2237

Achtung, Maurer! Die Kollegen, welche an der Beerdigung unsres Ehrenmitgliedes, des Kollegen **Friedr. Reichardt I,** welche am Mittwoch den 10. d. M. stattfindet, teilnehmen, versammeln sich um 2½ Uhr nachmittags bei Fr. Stumpf. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, sich daran zu beteiligen, im besondern derjenigen, welche arbeitslos sind.

Standesamt.

Magdeburg, 8. Februar.

Aufgebote: Buchh.-Assistent Willib. Hoff mit Frida Scheidt. Meierei-Hausb. Hermann Dohrn in Sophienhof mit Anna Franziska Ballebitzki in Rathjendorf. Dienstknecht Hermann Joh. Karl Weißbarth mit Johanne Alwine Berta Siebert in Kelbra.

Eheschließung: Kantinenwirt Franz Tille mit Margarete Darins.

Geburten: Richard, S. des Tischlers Richard Thiele. Hans, S. des Hilfsbremsers Max Kunert. Willi, S. des Klempnermeisters Max Schultz. Hermann, S. des Eisenbahnschaffners Hermann Lindemann. Kurt, S. des Geschäftsreisenden Willi Prinzler. Felix, S. des Böttchers Heinrich Isensee. Fritz, S. des Schlossers Fritz Pasenau. Hermann, S. des Telegr.-Arbeiter Hermann Ebeling.

Todesfälle: Walter, S. des Lokomotivheizers Max Horn, 5 T. Emil Hoppe, Lagerist, 35 J. 6 M. 11 T. Rosalie geb. König, Witwe des Bankdirektors Rud. de la Croix, 73 J. 9 M. 29 T. Heinrich, S. des Schneidermeisters Heinrich Bielefeld, 3 M. 11 T. Matthias Heinecke, ehemal. Schneider, 72 J. 3 M. 13 T. Walli, T. des Zimmermeisters Hermann Gose, 9 M. 23 T.

Sudenburg, 8. Februar.

Aufgebote: Hilfsweichensteller Karl Fiedler hier mit Meta Elsbeth Heinz in Tangermünde. Geldgießer Gustav Otto Fritzke mit Anna Elise Pohlmann hier.

Geburten: Wilhelm, S. des Eisenbahnhilfsbremsers Herm. Bormann. Ernst, S. des Arb. Herm. Schütze. Karl, S. des Kontoristen Karl Schmidt. Heinrich, S. des Arbeiters Walter Braune. Klara, T. des Schmieds Paul Ehrhardt.

Todesfälle: Helene, T. des Arb. Karl Daberpatz, 1 J. 11 M. 22 T. Frida, T. des Arb. Paul Matschjewski, 8 J. 11 M. 8 T. Helene geb. Wittchen, Ehefrau des Eisenbahn-Schaffn. Gottlieb Koreng, 45 J. 3 M. 12 T. Louis Holzapfel, Privatmann, 79 J. 5 M. 14 T. Erna, T. des Arb. Karl Lehmann, 5 T. Gertrud, T. des Schuhmacher Karl Schreiber, 1 M. 8 T. Walter, S. des Arb. Friedr. Richter, 13 J. 1 M. 20 T.

Buckau, 8. Februar.

Aufgebot: Buchh. Wilhelm Urbach mit Elisabeth Paul hier.

Todesfall: Hilfsbriefträgergehilfe Otto Goßmann, 19 J. 10 M. 28 T.

Neustadt, 8. Februar.

Aufgebot: Arb. Julius Max Willi Streithoff mit Luise Emma Berta Geyer.

Geburten: Karl, S. des Bahnarbeiters Herm. Heibeck. Frida, T. des Arb. Albert Dümling. Else, T. des Arb. Friedr. Wöge. Luise, T. des Arb. Karl Rosenwald. Ernst, S. des Friseurs Aug. Benthien.

Todesfälle: Erich u. Helene, Zwillingsk. des Arb. Otto Gröpler, 5 M. 3 T. u. 5 M. 4 T. Gertrud, T. des Steinmetz Friedrich Stasch, 9 M. 10 T.

Cracau.

Geburten: Melitta Hildegard, T. des Blechschmieds Franz Buch in Prester. Hedwig Agnes, T. des Arbeiters Paul Hoppe. Heinrich Hermann Paul, S. des Malergehilfen Heinrich Bartels in Prester.

Todesfälle: Lotte, T. des Kaufmanns Wilhelm Fischer, 4 M. 15 T. Marie geb. Dankert, Ehefrau des Schuhmachermeisters Rud. Landmann, 51 J. 6 M. 27 T. Friederike Berta geb. Luederitz, Ehefrau des Mühlenbesitzers Friedrich Fricke, 37 J. 4 M. 14 T.

Westerhüsen.

Eheschließung: Arbeiter Franz Wilhelm Eckstein mit Berta Wilhelmine Seese.

Geburten: Silva, T. des Kaufmanns Ouon Lubrainschick. Richard Wilhelm Hermann, S. des Arbeiters Friedrich Wierczewski. Else, T. des Arbeiters Otto Herzger.

Todesfälle: Helene Gertrud Adelheid, T. des Glasmachers Hermann Pohl, 2 M. 28 T. Ernst Rudolf, S. des Arbeiters Rudolf Päslack, 7 M. 12 T. Witwe Sophie Sanftenberg geb. Heinemann, 69 J. 1 M. 23 T. Anna Friederike Dorothee Eins geb. Henze, 24 J. 10 M. 21 T.

Aschersleben.

Geburten: S. des Friseurs Max Herrmann. T. des Arbeiters Michael Antkowiak. T. des Formermeisters Oskar Naumann. T. des Kaufmanns Karl Steinkopf.

Schönebeck.

Geburten: Hedwig, T. des Schuhmachers Karl Heine. Hermann, S. unehelich. Margarete, T. des Streckenarbeiters Gustav Musche. Albert, S. des Kaufmanns Ernst Schildener. Karl, S. unehelich. Erna, T. des Fabrikarbeiters Heinrich Deutschmann. Paul, S. des Schmieds August Schulze.